

Volksschulgesetz

Vom 14. September 1969 (Stand 1. Januar 2013)

Der Kantonsrat von Solothurn
gestützt auf Artikel 47 der Kantonsverfassung vom 23. Oktober 1887
nach Kenntnisnahme von Bericht und Antrag des Regierungsrates vom
7. Juni 1968

beschliesst:

1. Allgemeine Bestimmungen

§ 1 *Ziele der Volksschule*

¹ Die solothurnische Volksschule unterstützt die Familie in der Erziehung der Kinder zu Menschen, die sich vor Gott und gegenüber dem Nächsten verantwortlich wissen und danach handeln. Sie entfaltet die seelischen, geistigen und körperlichen Kräfte in harmonischer Weise, erzieht zu selbständigem Denken und Arbeiten und vermittelt die grundlegenden Kenntnisse zur Bewährung im Leben.

² Die Volksschule respektiert die Glaubens- und Gewissensfreiheit. Sie führt die Kinder von unterschiedlicher Herkunft zur Gemeinschaft, fördert die Erziehung zur Mitverantwortung in unserem demokratischen Staatswesen und weckt die Achtung vor der heimatlichen Eigenart.

§ 2 *Recht auf Bildung und Erziehung*

¹ Jedes Kind hat im Rahmen dieses Gesetzes Anrecht auf einen seinen Fähigkeiten entsprechenden Unterricht.

§ 3* *Schularten*

¹ Die solothurnische Volksschule umfasst folgende Schularten:

- a) die Regelschule;
- b) die Sonderpädagogik.

§ 3^{bis}* *Regelschule*

¹ Die Regelschule umfasst:

- a)* den Kindergarten und die Primarschule;
- b)* die Sekundarschule;
- c)* die Spezielle Förderung.

§ 3^{ter}* *Sonderpädagogik*

¹ Die Sonderpädagogik umfasst:

- a) die Sonderschulen und Schulheime;
- b) die pädagogisch-therapeutischen Angebote.

413.111

§ 4 Einführung neuer Schularten

¹ Der Kantonsrat ist befugt, bei veränderten Verhältnissen neue Schularten einzuführen oder zur Angleichung an das Schulwesen der andern Kantone bestehende Schularten neu zu benennen.

§ 4^{bis}* Schulgeldvereinbarungen

¹ Der Regierungsrat kann mit anderen Kantonen Vereinbarungen über den ausserkantonalen Schulbesuch abschliessen.

§ 5* Schulträger

¹ Jede Einwohnergemeinde ist verpflichtet, für sich oder in Verbindung mit anderen Gemeinden oder öffentlichen Schulträgern die in diesem Gesetz vorgesehenen Schularten zu führen.*

§ 5^{bis}* Fachliche Leistungsvereinbarungen

¹ Die fachlichen Leistungsvereinbarungen umschreiben für alle kantonalen und kommunalen Volksschulangebote die zu erbringenden Leistungen und die damit verbundenen finanziellen Mittel sowie die Verantwortlichkeiten, die Mitwirkungs- und Kontrollrechte der Trägerschaften.*

² Die kantonale Aufsichtsbehörde handelt die fachliche Leistungsvereinbarung mit der zuständigen kommunalen Aufsichtsbehörde aus.

³ Die kantonale Aufsichtsbehörde stellt das Controlling der fachlichen Leistungsvereinbarung sicher.

§ 5^{ter}* Leistungsauftrag

¹ Der Leistungsauftrag umschreibt das kommunale Volksschulangebot, die zu erbringenden Leistungen der Schule und die damit verbundenen finanziellen Mittel sowie die Verantwortlichkeiten, die Mitwirkungs- und Kontrollrechte der Trägerschaften.*

² Die kommunale Aufsichtsbehörde erteilt den Leistungsauftrag dem zuständigen Schulleiter.

³ Die kommunale Aufsichtsbehörde stellt das Controlling des Leistungsauftrags sicher.

§ 5^{quater}* Bildungsstatistik

¹ Das Departement für Bildung und Kultur führt zur Steuerung und Entwicklung des Bildungswesens eine Bildungsstatistik. Es bestimmt die zu erhebenden Informationen und Daten in den Bereichen Schüler, Bildungsabschlüsse, Schulpersonal und Bildungsausgaben.

² Die kantonale Aufsichtsbehörde bearbeitet die Informationen und Daten.

³ Die öffentlichen und privaten Schulträger liefern die notwendigen Informationen und Daten.

⁴ Der Datenschutz richtet sich nach der Informations- und Datenschutzgesetzgebung.

§ 6 Begriffsbezeichnungen

¹ Sofern das Gesetz nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt, gelten die Begriffsbezeichnungen sowohl für Männer als auch für Frauen.*

² Unter dem Begriff Schulgemeinden sind in diesem Gesetz auch die Schulkreise zu verstehen.

§ 7 *Unentgeltlichkeit der Volksschule*

¹ Der Unterricht an der Volksschule ist unentgeltlich. Die Schulgemeinden stellen die Lehrmittel und Schulmaterialien kostenlos zur Verfügung.

² Im Fachbereich Werken können die Eltern zu Beiträgen an besondere Kosten für frei gewählte Werkstoffe oder im Stoffplan nicht vorgesehene Arbeiten verpflichtet werden.*

³ Für die Sonderschulen und Schulheime gilt § 37^{quinquies} Absatz 2.*

§ 8 *Schuljahr*

¹ Das Schuljahr umfasst 38 Unterrichtswochen. Die Weihnachtsferien dauern zwei Wochen und sind Teil der unterrichtsfreien Zeit.*

² Der Beginn des Schuljahres wird vom Kantonsrat in Anpassung an den Schulbeginn anderer Kantone festgesetzt.

³ Die Verteilung der Ferien auf das Schuljahr wird in der Vollzugsverordnung geregelt. Im Rahmen der kantonalen Vorschriften setzen die zuständigen kommunalen Aufsichtsbehörden den Ferienplan in regionaler Zusammenarbeit fest. Können sie sich nicht verständigen, entscheidet die kantonale Aufsichtsbehörde.*

§ 9 *Bildungspläne*

¹ Der Regierungsrat erlässt die Bildungspläne. Er kann zur Anpassung an die Bildungspläne der Nachbarkantone Abweichungen beschliessen.

² Die Bildungspläne sind so zu gestalten, dass das Unterrichtsangebot für Knaben und Mädchen gleich ist. Für beide Geschlechter ist eine genügende Grundausbildung in den Fachbereichen Werken und Hauswirtschaft obligatorisch.*

§ 10* *Stundenpläne*

¹ Der Schulleiter erstellt die Stundenpläne (Verteilung der wöchentlichen Unterrichtsstunden) aufgrund der Bildungspläne in Absprache mit der Lehrerschaft.*

§ 10^{bis}* *Blockzeiten*

¹ Alle Kinder im ersten Kindergartenjahr stehen an mindestens drei Vormittagen unter der Obhut des Kindergartens. Im zweiten Kindergartenjahr sowie in der Primarschule stehen alle Kinder an fünf Vormittagen während dreieinhalb Stunden unter der Obhut des Kindergartens bzw. der Schule.

² Die kommunale Aufsichtsbehörde entscheidet aufgrund lokaler Verhältnisse über die Gestaltung der Obhutszeit.

³ Die kantonale Aufsichtsbehörde entscheidet namens des Departementes für Bildung und Kultur über Ausnahmen.

§ 11* *Lehrmittel*

¹ Das Departement für Bildung und Kultur bestimmt auf Vorschlag der kantonalen Lehrmittelkommission, welche Lehrmittel in den Schulen zu verwenden sind.

§ 12* *Schülerzahlen*

¹ Das Departement für Bildung und Kultur setzt Richtzahlen für die Klassenbestände der einzelnen Schularten und Unterrichtszweige fest.

413.111

§ 13 *Änderungen*

¹ Die Bildung neuer und die Aufhebung bestehender Schulen bedürfen der Bewilligung des Departements für Bildung und Kultur.*

² Über die Bildung und die Aufhebung von Abteilungen für Werken und für Hauswirtschaft entscheidet das Departement für Bildung und Kultur¹⁾.*

§ 13^{bis}* *Schule als pädagogisches Dienstleistungsunternehmen*

¹ Die Schule als pädagogisches Dienstleistungsunternehmen ist eine durch einen Schulleiter geführte pädagogische und betriebliche Handlungseinheit, die im Wesentlichen den Schulleiter, die Lehrer, die Schüler und das Betriebspersonal umfasst.

² Sie wird aus einem oder mehreren Schulhäusern einer Schulgemeinde oder eines Schulkreises unter Einbezug der Kindergärten gebildet.

³ Sie gibt sich ein Leitbild und nimmt ihre Aufgabe nach Massgabe dieses Gesetzes wahr.

§ 14 *Schulräume und -anlagen*

¹ Jede Schulgemeinde hat für geeignete Schulräume und -anlagen und deren Unterhalt zu sorgen. Die Baupläne sind dem zuständigen Amt zur Genehmigung zu unterbreiten.*

² Werden nicht genehmigte Räume und Anlagen zu Schulzwecken benützt und schafft die Schulgemeinde innert angemessener Frist nicht Abhilfe, sorgt der Regierungsrat auf ihre Kosten für geeignete Räumlichkeiten oder trifft andere angemessene aufsichtsrechtliche Vorkehren.*

§ 14^{bis}* *Anlagen im sonderpädagogischen Bereich*

¹ Die Trägerschaften von Anlagen im sonderpädagogischen Bereich haben die Baupläne und Kostenvoranschläge für diese Anlagen dem Amt für Volksschule und Kindergarten zur Genehmigung zu unterbreiten.

² Werden nicht genehmigte Anlagen zu sonderpädagogischen Zwecken benützt und schafft die zuständige Trägerschaft innert angemessener Frist nicht Abhilfe, sorgt der Regierungsrat auf ihre Kosten für geeignete Räumlichkeiten oder trifft andere angemessene aufsichtsrechtliche Vorkehren.*

§ 15 *Schulbibliotheken*

¹ Die Schulgemeinden haben für die verschiedenen Schulen Schulbibliotheken einzurichten und zu unterhalten.

² Der Regierungsrat fördert diese Bibliotheken durch jährlich festzusetzende Kredite.

§ 16 *Schulpsychologischer Dienst und kinderpsychiatrische Betreuung; schulärztlicher Dienst und Schulzahnpflege*

¹ Der Kanton unterhält einen Schulpsychologischen Dienst und sorgt für die kinderpsychiatrische Betreuung.

² Die Gemeinden sorgen für den schulärztlichen Dienst und die regelmässige Schulzahnpflege.

³ Die Organisation wird in der Spezialgesetzgebung geregelt. Die Verteilung der Kosten wird durch den Regierungsrat festgelegt.

¹⁾ Im ganzen Erlass neue Departementsbezeichnung ab 1. August 2000.

§ 17 Musikunterricht

¹ Der Kanton gewährt den Schulgemeinden Beiträge an die Besoldungen für den Musikunterricht.

§ 18* ...

§ 18^{bis}* ...

2. Schüler**§ 19 Schulpflicht***

¹ Die Schulpflicht dauert elf Jahre.*

² ...*

^{2bis} Die Schüler werden mit dem vollendeten vierten Altersjahr (Stichtag 31. Juli) eingeschult.*

³ Die Eltern können nach Rücksprache mit der Schulleitung entscheiden, ob ihr Kind ausnahmsweise ein Jahr später eingeschult werden soll. Eine frühere Einschulung ist ausgeschlossen.*

⁴ ...*

^{4bis} Das Departement kann auf begründetes Gesuch hin bewilligen, dass ein überdurchschnittlich begabtes Kind die Schulpflicht beschleunigt absolvieren kann.*

⁵ ...*

§ 20* Befreiung von der Schulpflicht

¹ Das Departement kann einen Schüler von der Schulpflicht befreien, wenn er einen der Volksschule gleichwertigen Unterricht in einer anderen öffentlichen oder staatlich anerkannten privaten Schule besucht, ein Angebot im Rahmen der vertikalen Durchlässigkeit im Berufsbildungswesen in Anspruch nimmt oder eine gleichwertige Bildung erfährt.*

² Nach einer Befreiung von der Schulpflicht tragen die Eltern die Verantwortung für die genügende Grundbildung des Kindes.*

§ 20^{bis}* ...

§ 21 Nachobligatorisches Schuljahr*

¹ Die Schulträger können ein fakultatives zwölftes Schuljahr führen.*

² ...*

§ 22* Absenzen und Dispensationen*

¹ Ein schulpflichtiges Kind darf nicht ohne wichtigen Grund dem Unterricht fernbleiben.*

² Der Regierungsrat regelt Absenzen und Dispensationen vom gesamten Unterricht oder von einzelnen Fächern.*

§ 23* Unbegründete Schulversäumnisse

¹ Bleiben Schüler erstmals unbegründet dem Unterricht fern, sind die Eltern durch den Lehrer zu ermahnen.

413.111

² Im Wiederholungsfall meldet der Lehrer den Namen des Schülers dem Schulleiter. Der Schulleiter ermahnt die Eltern und verfügt den Schulbesuch schriftlich mit Vollstreckungs- und Bussenandrohung.

³ Nach erfolgloser Ermahnung kann der Schulleiter

- a) den Schulbesuch vom Oberamt vollstrecken lassen;
- b) die Eltern mit einer Busse bis zu 1'000 Franken bestrafen.

§ 24* ...

§ 24^{bis}* *Disziplin*

a) *Verantwortlichkeiten*

¹ Die Schule und ihre Lehrpersonen sorgen für einen geordneten Schulbetrieb und ein förderliches Lernklima. Die Schüler haben die Regeln der Schule für das Zusammenleben einzuhalten sowie die Anordnungen der Lehrpersonen und des Schulleiters zu befolgen.*

² Die Inhaber der elterlichen Sorge

- a) sind für die Erziehung ihrer Kinder verantwortlich;
- b) unterstützen und fördern den Bildungsprozess ihrer Kinder;
- c) arbeiten mit den Lehrpersonen sowie der Schule ihrer Kinder zusammen;
- d) halten ihre Kinder an, die Regeln und Weisungen der Schule einzuhalten und den Unterricht lückenlos zu besuchen.

³ Inhaber der elterlichen Sorge, die ihren Pflichten der Schule gegenüber nicht nachkommen, werden durch den Schulleiter schriftlich mit Bussenandrohung ermahnt. Sie können von der Schulleitung nach erfolgloser Ermahnung mit einer Busse bis zu 1'000 Franken bestraft werden.*

§ 24^{ter}* b) *Massnahmen*

¹ Die Lehrperson ergreift gegenüber Schülern, deren Verhalten zu Beanstandungen Anlass gibt, diejenigen Massnahmen nach Absatz 2, die zur Aufrechterhaltung des Schulbetriebes nötig sind. Die Lehrperson orientiert bei Disziplinarproblemen frühzeitig den Schulleiter und zieht Fachstellen bei.*

² Die Lehrperson kann folgende Massnahmen ergreifen:

- a) zusätzliche Arbeiten innerhalb oder ausserhalb der ordentlichen Unterrichtszeit;
- b) Wegweisung aus der Lektion oder aus einer Veranstaltung;
- c) Aussprache mit den Inhabern der elterlichen Sorge bzw. den Erziehungsberechtigten;
- d) schriftliche Ermahnung an die Inhaber der elterlichen Sorge bzw. die Erziehungsberechtigten;
- e) Ausschluss von einer Veranstaltung;
- f) Ausschluss vom Unterricht bis höchstens 7 Tage, nach vorgängiger Benachrichtigung der Inhaber der elterlichen Sorge.

³ Der Schulleiter kann folgende Massnahmen ergreifen:*

- a) Aussprache mit den Inhabern der elterlichen Sorge;
- b) Ermahnung mit Bussenandrohung der Inhaber der elterlichen Sorge auf Antrag der Lehrperson und Bussenverfügung bei erfolgloser Ermahnung (§ 24^{bis} Abs. 3);

- c) Versetzung in eine andere Klasse oder in ein anderes Schulhaus. Nötigenfalls wird die Versetzung an eine Schule einer anderen Gemeinde bei der zuständigen Behörde veranlasst;
- d) Verweis oder Androhung des Ausschlusses von der Schule gemäss litera e) bei wiederholten oder schweren Verstössen;
- e)* teilweiser oder vollständiger Ausschluss vom Unterricht während höchstens zwölf Wochen pro Schuljahr, mit zwingender Benachrichtigung der Kinderschutzhilfe für Schüler, welche durch ihr Verhalten den ordentlichen Schulbetrieb erheblich beeinträchtigen oder das eigene Wohl oder dasjenige von anderen Personen schwerwiegend gefährden. Bei einem Schulausschluss ist es gleichzeitig verboten, sich ohne Genehmigung des Schulleiters auf dem Schulareal aufzuhalten.

§ 24^{quater}* c) Verfahren

¹ Bei Anständen aus der Ergreifung von Massnahmen durch die Lehrperson nach § 24^{ter} Absatz 2 Buchstaben e und f sowie bei Massnahmen gemäss § 24^{ter} Absatz 3 Buchstaben b-e erlässt der Schulleiter eine Verfügung.

² Die betroffenen Schüler sowie die Inhaber der elterlichen Sorge sind vor einer Verfügung des Schulleiters gemäss Absatz 1 anzuhören. In dringenden Fällen ist ein sofortiger Ausschluss ohne vorgängige Anhörung möglich. Die Anhörung ist in diesen Fällen so bald als möglich nachzuholen.

³ Der Schulleiter kann allfälligen Beschwerden die aufschiebende Wirkung entziehen. Der Entzug der aufschiebenden Wirkung einer Beschwerde ist jeweils explizit zu begründen.

§ 24^{quinqies}* d) Betreuung und Beschäftigung

¹ Bei einem Ausschluss sorgen die Inhaber der elterlichen Sorge, nötigenfalls unter Beizug von Fachstellen, für eine angemessene Betreuung und Beschäftigung, mit dem Ziel der Wiedereingliederung und ordentlichen Beendigung der obligatorischen Schulzeit. Die Lehrperson plant rechtzeitig die Wiedereingliederung.

² Bei einem Ausschluss von der Schule (§ 24^{ter} Abs. 3 Bst. e) trifft die Kinderschutzhilfe die nötigen Abklärungen und ordnet die erforderlichen schulexternen Massnahmen an.*

³ Die Kostentragung für die Betreuung und Beschäftigung der von der Schule ausgeschlossenen Schüler richtet sich nach den Bestimmungen des zivilrechtlichen Kinderschutzes.

§ 24^{sexies}* e) Prävention

¹ Im Rahmen der verfügbaren finanziellen Mittel sorgen Kanton und Gemeinden für die flankierenden Massnahmen, die der Prävention disziplinarischer Probleme und Schwierigkeiten von Schülern dienen.

§ 25 Prüfung, Zeugnis, Promotion

¹ Die kantonale Aufsichtsbehörde ist ermächtigt Schulleistungsprüfungen anzuordnen.*

² Über Leistungen, Fleiss, Betragen und Absenzen der Kinder werden die Eltern oder Pflegeeltern durch Zeugnisse orientiert.

³ Das Departement für Bildung und Kultur erlässt die näheren Bestimmungen über die Notengebung und die Bedingungen für die Aufnahme, die Beförderung und den Übertritt in die einzelnen Schularten.

413.111

⁴ ...*

§ 26* ...

§ 27* ...

3. Schularten

3.1. Regelschule*

3.1.1. Kindergarten und Primarschule*

§ 28 *Zweck*

¹ Im Kindergarten- und Primarunterricht erwirbt das Kind schrittweise die Grundlagen der Sozialkompetenz und der schulischen Arbeitsweise. Es vervollständigt und festigt insbesondere die sprachlichen Grundlagen. Je nach seiner intellektuellen Entwicklung und emotionalen Reife wird es durch besondere Massnahmen zusätzlich unterstützt.*

§ 28^{bis}* ...

§ 28^{ter}* ...

§ 28^{quater}* ...

§ 28^{quinquies}* ...

§ 29* *Dauer*

¹ Der Kindergarten und die Primarschule umfassen acht Jahresstufen.*

3.1.2. Sekundarschule*

§ 30 *Angebot und Dauer**

¹ Die Sekundarschule weist folgende Anforderungsniveaus auf:*

- a)* Die Sekundarschule P (Progymnasium) bereitet auf den Eintritt in die gymnasialen Maturitätsschulen vor.
- b)* Die Sekundarschule E bereitet auf eine berufliche Grundbildung für erweiterte Anforderungen mit oder ohne Berufsmaturität oder zur Fachmittelschule vor.
- c)* Die Sekundarschule B bereitet auf eine berufliche Grundbildung für Basis- bzw. Grundanforderungen vor.
- d)* ...

² Die Schüler erhalten am Ende der Sekundarschule ein Zertifikat, welches über die erreichten Leistungen in den einzelnen Anforderungsniveaus Auskunft gibt.*

³ Die Sekundarschulen E und B umfassen je drei und die Sekundarschule P zwei Jahresstufen.*

⁴ Der Kantonsrat kann zur Koordination mit andern Kantonen die Dauer der Sekundarschule abändern.*

§ 31 Zweck

¹ Die Sekundarschule vermittelt den Schülern eine niveauspezifische Ausbildung, die ihnen den Eintritt in eine berufliche Grundbildung oder in eine weiterführende Schule ermöglicht. Sie fördert ihre Handlungsfähigkeit und ihr Verantwortungsbewusstsein.*

§ 32 Besondere Aufgabe des dritten Sekundarschuljahres*

¹ Das dritte Sekundarschuljahr nimmt besondere Rücksicht auf die individuellen Begabungen und fördert die Berufswahlreife. Der Unterricht in Pflichtfächern, Wahlfächern und Begabungsgruppen wird im Bildungsplan geregelt.*

² Vom Bildungsplan abweichende Formen des neunten Schuljahres bedürfen der Genehmigung der kantonalen Aufsichtsbehörde.*

§ 33* ...

§ 34* ...

§ 35* ...

3.1.3. Spezielle Förderung*

§ 36* Spezielle Förderung

¹ Die Spezielle Förderung umfasst Massnahmen für Schüler mit*

- a)* einer besonderen Begabung;
- b)* einer Lernbeeinträchtigung oder einem Lernrückstand;
- c)* einer Verhaltensauffälligkeit.

² Sie hilft, die Fähigkeiten der Schüler innerhalb der Regelschule mit Angeboten zu entwickeln, die namentlich*

- a) die besondere kognitive Leistungsfähigkeit fördern (Begabungsförderung);
- b) Schüler mit speziellem Förderbedarf unterstützen (schulische Heilpädagogik);
- c) die Sprachentwicklung, Kommunikation und Bewegung fördern (Logopädie und Psychomotorik);
- d) die Integration von fremdsprachigen Schülern unterstützen (Deutsch für Fremdsprachige);
- e) zugezogene Schüler im Bereich der Frühfremdsprachen unterstützen;

413.111

- f) regionale Kleinklassen für Schüler mit besonderen Bedürfnissen anbieten, die vorübergehend nicht im Rahmen der Regelschulklasse geschult werden können.

³ ...*

§ 36^{bis}* Anordnung

¹ Im Kindergarten und in der Primarschule ordnet der Schulleiter die Spezielle Förderung an. Sollen die Fördermassnahmen insgesamt länger als zwei Jahre dauern, holt er zuvor bei der durch die kantonale Aufsichtsbehörde bezeichneten Fachstelle einen Abklärungsbericht ein.

² In der Sekundarschule ordnet eine von der kantonalen Aufsichtsbehörde bezeichnete Fachstelle die Spezielle Förderung an.

³ Die Fördermassnahmen sind mit den Inhabern der elterlichen Sorge abzusprechen, schriftlich festzuhalten und zu begründen.

§ 36^{ter}* Kosten

¹ Der Kanton trägt die Kosten für die Massnahmen nach § 36 Absatz 2 Buchstabe c.

² Die Kosten der übrigen Fördermassnahmen tragen die Einwohnergemeinden.

³ Der Kanton subventioniert die Gemeindeleistungen nach der Klassifikation zur Berechnung der Staatsanteile an den Lehrerbesoldungen.

3.2. Sonderpädagogik*

3.2.1. Sonderschulen und Schulheime*

§ 37* Ziel

¹ Die Sonderschulen und Schulheime fördern Kinder und Jugendliche mit einer Behinderung, welche dem Unterricht im Rahmen der Regelschule nicht zu folgen vermögen.*

² Sie unterstützen deren Persönlichkeitsentwicklung und selbstständige Lebensführung, ermöglichen die gesellschaftliche Integration und vermitteln eine der Behinderung angepasste Schulbildung.

§ 37^{bis}* Angebot

¹ Das Sonderschulangebot für Kinder mit einer Behinderung umfasst insbesondere:

- a) Unterricht in Sonderschulen;
- b) integrative Schulungsformen;
- c) heilpädagogische und therapeutische Stützmassnahmen;
- d) behinderungsbedingte ausserschulische Betreuung;
- e) behinderungsbedingte Schulheimaufenthalte (Internate);
- f) behinderungsbedingte Schülertransporte.

² Das Angebot beginnt mit Schuleintritt und dauert bis zum Abschluss der Volksschule.*

³ Das Angebot kann in begründeten Fällen längstens bis zum 20. Altersjahr ausgedehnt werden.

§ 37^{ter}* *Anspruch*

¹ Die von der kantonalen Aufsichtsbehörde bestimmte Fachstelle klärt den Anspruch auf die Sonderschulung ab.

² Die kantonale Aufsichtsbehörde verfügt namens des Departements die Sonderschulung auf Antrag der kantonalen Fachstelle.

³ Sie hört zuvor die kommunale Aufsichtsbehörde, die Schulleitung und die Inhaber der elterlichen Sorge an.

⁴ Die Verfügung erfolgt in der Regel zeitlich befristet und mit dem Auftrag, die verfügte Massnahme vor Ablauf dieser Frist zu überprüfen.

§ 37^{quater}* *Integration*

¹ Schüler, deren schulische Ausbildung wegen Behinderungen erschwert ist, haben Anrecht darauf, dass eine integrative Schulung in einer Regelschulklasse geprüft wird.*

² Die schulische Integration wird mit besonderen Massnahmen ermöglicht, namentlich mit:

- a) fachlicher Beratung;
- b) Unterstützung der Lehrperson;
- c) Begleitung der Regelklasse;
- d) sonderpädagogischem oder therapeutischem Einzel- und Kleingruppenunterricht;
- e) individueller Förderplanung.

§ 37^{quinqies}* *Kosten*

¹ Der Kanton übernimmt die Kosten der Sonderschulen und Schulheime, die Gemeinden beteiligen sich mit einem Schulgeld daran. Die Gemeinden organisieren unter sich einen Lastenausgleich im Verhältnis der Einwohnerzahl, um die Schulgelder ganz oder teilweise zu verteilen.

² Die Inhaber der elterlichen Sorge leisten einen Beitrag an die Verpflegungskosten und an die ausserschulische Betreuung.

³ Der Regierungsrat legt die Höhe des Schulgeldes und der Verpflegungskostenbeiträge fest.

3.2.2. Pädagogisch-therapeutische Angebote*

§ 37^{sexies}* *Ziel*

¹ Die pädagogisch-therapeutischen Angebote fördern und unterstützen entwicklungsbeeinträchtigte und entwicklungsauffällige Kinder durch individualisierte Fördermassnahmen und Therapien.

§ 37^{septies}* *Angebot*

¹ Das pädagogisch-therapeutische Angebot umfasst insbesondere:

- a) heilpädagogische Früherziehung;
- b) Logopädie bei Sprachentwicklungsverzögerungen und Sprachgebrechen;

413.111

c) Psychomotorik bei Bewegungsstörungen.

² Die pädagogisch-therapeutischen Massnahmen werden frühzeitig eingesetzt und werden von Geburt an angeboten.

§ 37^{octies*} Anspruch

¹ Die von der kantonalen Aufsichtsbehörde bestimmte Fachstelle klärt den Anspruch auf pädagogisch-therapeutische Massnahmen ab.

² Die kantonale Aufsichtsbehörde verfügt namens des Departements die pädagogisch-therapeutischen Massnahmen auf Antrag der kantonalen Fachstelle und nach Anhörung der Inhaber der elterlichen Sorge.

§ 37^{novies*} Kosten

¹ Der Kanton trägt die Kosten der pädagogisch-therapeutischen Angebote.

§ 38* ...

§ 39* ...

4. Schulgemeinden und Schulkreise

§ 40* Schulgemeinde

¹ Jede Einwohnergemeinde bildet in der Regel eine Schulgemeinde.

§ 41* Bildung eines Schulkreises

¹ Zwei oder mehrere Gemeinden können sich zur Führung aller oder bestimmter Schularten, Schulstufen oder Unterrichtszweige zu einem Schulkreis zusammenschliessen.

² Der Zusammenschluss kann durch Vertrag oder durch Errichten eines öffentlich-rechtlichen Zweckverbandes erfolgen.

³ Das Departement genehmigt den Zusammenschluss durch Vertrag, der Regierungsrat denjenigen durch Errichten eines öffentlich-rechtlichen Zweckverbandes.

§ 42* Kostentragung und Anforderungen

¹ Die beteiligten Gemeinden eines Schulkreises haben an die Bau-, Unterhalts- und Betriebskosten der Schulen Beiträge zu leisten.

² Im Vertrag zur Schulkreisbildung sind der Schulort, die Pflichten der Schulortsgemeinde und der übrigen Gemeinden sowie die weitere Organisation der Schule festzulegen.

³ Für den Zweckverband gelten ergänzend die Bestimmungen des Gemeindegesetzes¹⁾.

§ 43* Anordnung der Schulkreisbildung

¹ Der Regierungsrat kann die Gemeinden zum Zusammenschluss zu einem Schulkreis verpflichten und bestehende Schulkreise abändern, sofern dies den Grundsätzen einer vernünftigen Schulplanung entspricht.

¹⁾ GS 92, 325 (BGS [131.1](#)).

² Wird der Schulkreis durch Vertrag gebildet und können sich die Gemeinden nicht einigen, entscheidet der Regierungsrat.

§ 44 Schulführung für andere Gemeinden*

¹ Eine Gemeinde kann durch Vertrag die Führung einzelner Schularten, Schulstufen oder Unterrichtszweige für andere Gemeinden übernehmen, ohne dass ein Schulkreis gebildet wird.

² Das Departement genehmigt den Vertrag.

§ 44^{bis} Sekundarschule P*

¹ Die Sekundarschule P wird durch eine Schulgemeinde oder einen anderen öffentlichen Schulträger geführt.

² Der Regierungsrat bestimmt nach dem Gebot der Ressourcenoptimierung die Schulträger, die Standorte sowie das Einzugsgebiet der einzelnen Schule.

³ Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten.

§ 45 Schulort

a) Grundsatz

¹ Die Schulpflicht ist in der Schulgemeinde des Wohnortes zu erfüllen.

² Für Gemeinden, die keine eigene Schule führen, bestimmt die kantonale Aufsichtsbehörde namens des Departements für Bildung und Kultur den Schulort.*

³ Vorbehalten bleiben die Bestimmungen nach § 44.

§ 46 b) Sonderregelung für einzelne Schüler*

¹ Die kantonale Aufsichtsbehörde kann namens des Departements aus schulorganisatorischen Gründen oder in besonderen Fällen für einzelne Schüler den Besuch der Schule in einer anderen Gemeinde oder eines anderen öffentlichen Schulträgers gestatten.

§ 47 Schulgeld der Gemeinden*

¹ Für den Besuch einer Schule einer anderen Gemeinde oder eines anderen öffentlichen Schulträgers kann diese von der entlasteten Schulgemeinde ein Schulgeld erheben. Der Regierungsrat bestimmt seine Höhe.

§ 48 Unterkunfts- und Verpflegungskosten**

¹ Bei unverhältnismässig weitem oder beschwerlichem Schulweg hat die Gemeinde allfällige Kosten für auswärtige Unterkunft zu übernehmen und an Auslagen für auswärtige Verpflegung einen angemessenen Beitrag zu leisten. Der Kanton beteiligt sich an den Kosten.*

² Der Regierungsrat legt die Höhe der Unterkunfts- und Verpflegungskostenbeiträge fest.*

5. Lehrer

5.1. Voraussetzungen für die Ausübung des Lehrberufes*

§ 49* Grundsatz

¹ Die vom Departement erteilte Unterrichtsberechtigung (Berufsausübungsbewilligung) ist Voraussetzung für die Ausübung des Lehrberufes. Diese wird erteilt, wenn kumulativ folgende Voraussetzungen erfüllt sind:

- a) die für die Ausübung des Lehrberufes notwendige persönliche Eignung;
- b) die für die entsprechende Lehrtätigkeit erforderliche fachliche Qualifikation (Lehrberechtigung);

² Vorbehalten bleibt § 50 Absatz 3.

§ 50* Lehrberechtigung

¹ Die Lehrberechtigung bestätigt die fachliche Qualifikation einer Lehrperson und wird grundsätzlich von der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) erteilt und entzogen. Vorbehalten bleibt § 95^{bis}.*

² Als Lehrperson für die entsprechende Schulart und Schulstufe kann angestellt werden, wer über ein von der EDK anerkanntes Lehrdiplom (Lehrberechtigung) oder eine Gleichwertigkeitsanerkennung des Departements verfügt.*

³ Lehrpersonen, deren Lehrdiplome nicht anerkannt sind und die über keine Gleichwertigkeitsanerkennung verfügen, können während vier Jahren nur befristet angestellt werden.*

a)* ...

b)* ...

§ 50^{bis}* Unterrichtsberechtigung

¹ Die Unterrichtsberechtigung ist eine Berufsausübungsbewilligung. Sie wird vom Departement für Bildung und Kultur erteilt und entzogen.

² Die Unterrichtsberechtigung wird erteilt, wenn eine Lehrperson die in § 49 genannten Anstellungsvoraussetzungen erfüllt.

³ Die Unterrichtsberechtigung wird entzogen, wenn die persönliche oder fachliche Eignung der Lehrperson für eine genügende Berufsausübung nicht mehr gewährleistet ist, insbesondere, wenn:

- a) sie ihre Handlungsfähigkeit verloren hat;
- b) sie wegen eines Delikts verurteilt worden ist, das sie nach Art und Schwere der Tat und dem Verschulden nach als nicht vertrauenswürdig bzw. zur Ausübung des Lehrberufes ungeeignet erscheinen lässt;
- c) sie wiederholt durch ihr Verhalten die Sicherstellung des ordentlichen Schulbetriebes ernsthaft gefährdet hat;
- d) sie sonst offensichtlich unfähig geworden ist, ihren Beruf auszuüben.

⁴ Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten und das Verfahren.

§ 51* ...

5.2. Begründung des Anstellungsverhältnisses von Lehrkräften*

§ 52* *Entstehung des Anstellungsverhältnisses*

¹ Das Anstellungsverhältnis wird mit schriftlichem öffentlich-rechtlichem Vertrag begründet.

§ 53* *Anstellungsbehörden*

¹ Die Anstellung der Lehrer erfolgt durch den zuständigen Schulleiter.*

² Eine freie Lehrerstelle, für welche die Schulgemeinde keine Anstellung vornehmen konnte, besetzt die kantonale Aufsichtsbehörde durch Verfügung.*

§ 54* *Probezeit und Kündigung während der Probezeit*

¹ Probezeit und Kündigung während der Probezeit richten sich nach der Gesetzgebung über das Staatspersonal.

§ 55* *Besetzung freier Lehrerstellen*

¹ Der Schulleiter hat freie Lehrerstellen der kantonalen Aufsichtsbehörde anzuzeigen. Diese trifft die für die Stellenbesetzung nötigen Anordnungen.*

² ...*

§ 56* *Zeitpunkt der Anstellungen*

¹ Die nach § 53 zuständige Anstellungsbehörde hat die Anstellungen der Lehrkräfte spätestens zwei Monate vor Beginn des neuen Schuljahres, das heisst bis 31. Mai, vorzunehmen.

5.3. Beendigung des Anstellungsverhältnisses von Lehrkräften*

§ 57* *Kündigungsfristen und Termine**

¹ Die Kündigung ist grundsätzlich nur auf Ende eines Schuljahres möglich. Erfolgt die Kündigung infolge Pensionierung, kann sie auch auf Ende eines Schulhalbjahres erklärt werden.

² Liegen wichtige Gründe vor, kann die nach § 53 zuständige Anstellungsbehörde einer Lehrkraft die Kündigung auch auf einen andern Zeitpunkt gestatten.

³ Die Kündigungsfrist des Anstellungsverhältnisses nach Ablauf der Probezeit beträgt beidseitig:

- a) zwei Monate vor Ende eines Schuljahres, wenn die Kündigung aufgrund eines Stellenwechsels innerhalb des Kantons erfolgt;
- b)* ...
- c) vier Monate vor Ende des Schuljahres, wenn das Anstellungsverhältnis für mehr als ein Jahr eingegangen ist.

413.111

§ 58* ...

§ 59* *Verweis auf die Staatspersonalgesetzgebung*

¹ Soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt, finden auf die Begründung und die Beendigung des Anstellungsverhältnisses der Lehrkräfte an der Volksschule die Vorschriften der Gesetzgebung über das Staatspersonal sinngemäss Anwendung.

§ 59^{bis}* *Altersgrenze*

¹ Der Regierungsrat kann eine Altersgrenze festsetzen, bei deren Erreichen das Dienstverhältnis dahinfällt.

5.4. Pflichten und Rechte

§ 60 *Pflichten der Lehrer*

a) *Grundsatz*

¹ Der Lehrer soll bestrebt sein, den Unterricht mit der erzieherischen Führung der ihm anvertrauten Kinder zu verbinden.

² Er vermittelt den Schülern nach bestem Wissen und Gewissen die der Stufe gemässen Kenntnisse und Fertigkeiten, wobei er den unterschiedlichen Begabungen Rechnung trägt.

³ Er pflegt die Verbindung zwischen Schule und Elternhaus.

⁴ Der Pflichtenkreis der Lehrer wird im einzelnen durch die Schulgesetzgebung, die darauf beruhenden Regelungen und die im Bildungsplan festgesetzten Unterrichtsziele bestimmt.

§ 61 b) *weitere Pflichten*

¹ Die Lehrer sind verpflichtet, den Unterricht zu den festgesetzten Zeiten zu halten und ohne wichtige Gründe keine Stunden ausfallen zu lassen.

² Sie haben das ihnen anvertraute Schulmaterial und die Schulbibliothek zu verwalten.

³ ...*

§ 62 *Gehaltsanspruch, Pflichtstunden und Nebenbeschäftigungen*

¹ Die Regelung des Gehaltsanspruchs, der Pflichtstundenzahl und der Nebenbeschäftigungen der Lehrkräfte bleibt der Gesetzgebung über die Lehrerbesoldung vorbehalten.

² Die kantonale Aufsichtsbehörde kann im Einzelfall aus besonderen Gründen das Unterrichtspensum ohne Gehaltskürzung angemessen reduzieren.*

§ 63* *Aussetzung des Unterrichts*

¹ Für voraussehbaren Ausfall des Unterrichts hat der Lehrer beim Schulleiter um Urlaub nachzusuchen. Dieser wird bis zu zwei Wochen von ihm, für eine längere Dauer vom Departement für Bildung und Kultur gewährt.

§ 64* ...

§ 65* ...

§ 66* *Weiterbildung**

¹ Die Weiterbildung der Lehrer besteht aus*

- a)* der zusätzlichen Ausbildung neuer Lehrer für besondere Schularten und neue zusätzliche Fächer und Aufgaben;
- b)* dem Erhalten und Erweitern von Kenntnissen und Fähigkeiten der Lehrer;
- c) der Erneuerung und Vertiefung der Unterrichtskompetenz;
- d) der Qualitätssicherung.

² Die kantonale Aufsichtsbehörde sorgt mittels Dienstleistungsverträgen mit Dritten für das kantonale Weiterbildungsangebot für Lehrer.*

§ 67* *Weiterbildungspflicht und -kosten**

¹ Die kantonale Aufsichtsbehörde und die Schulleiter können die Lehrpersonen sowohl während der Schulzeit als auch während der unterrichtsfreien Zeit zu obligatorischen Weiterbildungskursen und -veranstaltungen verpflichten. Die Schulleiter holen vorgängig das Einverständnis der kantonalen Aufsichtsbehörde ein.*

² Der Regierungsrat regelt die Verteilung der Weiterbildungskosten zwischen Kanton, Gemeinden und Lehrern.*

³ Der Regierungsrat kann Formen der Intensivweiterbildung einführen.

§ 68 *Lehrervereine*

¹ Die Lehrervereine und die Stufen- und Fachkonferenzen dienen dem Departement als Organe der Vernehmlassung und der Lehrerweiterbildung.*

² ...*

§ 69* ...

6. Behörden und Rechtspflege*

6.1. Behörden der Gemeinden*

6.1.1. Kommunale Aufsichtsbehörde*

§ 70* *Kommunale Aufsichtsbehörde*

¹ Der Gemeinderat einer Einwohnergemeinde beziehungsweise der Vorstand eines Schulkreises ist die kommunale Aufsichtsbehörde in Schulfragen.

§ 71* *Zuständigkeit**

¹ Die kommunale Aufsichtsbehörde ist für die strategischen Entscheide der Schulgemeinde zuständig.

413.111

² Sie erlässt, unter Vorbehalt der gesetzlichen Kompetenzen der übrigen Gemeindeorgane, eine Schulordnung, die von der kantonalen Aufsichtsbehörde namens des Departements für Bildung und Kultur zu genehmigen ist.*

§ 72* *Aufgaben**

¹ Die kommunale Aufsichtsbehörde hat insbesondere folgende Aufgaben:

- a)* sie legt das kommunale Volksschulangebot der Schulgemeinde unter Berücksichtigung der kantonalen Vorgaben fest;
 - b) sie passt die Ausgestaltung der Schulleitung den örtlichen Gegebenheiten an;
 - c) sie schliesst die fachliche Leistungsvereinbarung mit den zu erreichenden Zielen mit der kantonalen Aufsichtsbehörde ab;
 - d) sie erteilt dem Schulleiter den Leistungsauftrag;
 - e)* sie erstellt ihre mehrjährige Sach- und Finanzplanung, ihre Kreditanträge sowie den Voranschlag und die Rechenschaftsberichte im Bereich des kommunalen Volksschulangebots;
 - f)* sie sorgt für Erstellung, Betrieb, Ausrüstung und Unterhalt der Anlagen für das kommunale Volksschulangebot;
 - g)* sie prüft die Einhaltung des Voranschlages für die Volksschule im Sinne der Rechtskontrolle;
 - h) sie genehmigt das Leitbild und das Schulprogramm;
 - i) sie stellt die Schulleitung an;
 - j)* ...
 - k) sie überprüft die Tätigkeit des Schulleiters und die Qualität der Aufgabenerfüllung;
 - l)* sie sorgt dafür, dass alle schulpflichtigen Kinder, die sich in der Gemeinde aufhalten, die Schule besuchen.
 - m)* ...
- ² ...*

§ 72^{bis}* *Aufgabenübertragung*

¹ Die Gemeinden können Aufgaben der kommunalen Aufsichtsbehörde wie folgt übertragen:

- a) Aufgaben nach den §§ 8 Absatz 3, 10^{bis} Absatz 2, 19 Absätze 3 und 4 sowie 37^{ter} Absatz 3 auf eine Gemeinderatskommission, eine andere in der Gemeindeordnung beziehungsweise in den Statuten oder dem Vertrag des Schulkreises bezeichnete Behörde oder den Schulleiter;
- b) Aufgaben nach § 72 Buchstaben f, g, k und l auf eine Gemeinderatskommission oder eine andere in der Gemeindeordnung beziehungsweise in den Statuten oder dem Vertrag des Schulkreises bezeichnete Behörde.

² Die Übertragung ist in der Schulordnung festzuhalten.

§ 73* ...

6.1.2. ...*

§ 74* ...

6.1.3. ...*

§ 75* ...

6.1.4. ...*

§ 76* ...

§ 77* ...

6.1.5. Schulleiter*§ 78* *Zuständigkeit*

¹ Der Schulleiter ist verantwortlich für das Erreichen der von der Gesetzgebung vorgegebenen und im Leistungsauftrag festgelegten Wirkungsziele.

§ 78^{bis}* *Aufgaben*a) *im Allgemeinen*

¹ Der Schulleiter führt die Schule im operativen Bereich. Er hat die Führungsverantwortung im Bereich der Zielbildungs-, Organisations-, Informations-, Kontroll- und Förderungsverantwortung.

§ 78^{ter}* *im Besonderen*

¹ Der Schulleiter hat insbesondere folgende Aufgaben:

- a) Personalführung, -selektion und -anstellung, vorbehaltlich der Kompetenzen der kommunalen Aufsichtsbehörde (§ 72);
- b) Personalbeurteilung;
- c) fachliche Leitung;
- d) administrative Leitung;
- e) Schulentwicklung;
- f) Internes Qualitätsmanagement;
- g) Ausübung der Finanzkompetenzen im Rahmen des Gemeindevoranschlages;
- h) Vertretung der Schule gegen aussen sowie Zusammenarbeit mit Institutionen ausserhalb der Schule und mit den Eltern;
- i) Erfüllung weiterer Aufgaben, die ihm von der kommunalen Aufsichtsbehörde zugewiesen werden.

413.111

§ 78^{quater}* *Ausführungsbestimmungen*

¹ Der Regierungsrat erlässt Ausführungsbestimmungen über Anstellung, Arbeitspensum, Aufgaben und Kompetenzen, Aus- und Weiterbildung sowie Entlohnung.

6.2. Behörden des Kantons*

6.2.1. Regierungsrat*

§ 79* *Aufgaben*

¹ Der Regierungsrat ist die oberste kantonale Führungs- und Aufsichtsbehörde, soweit nicht der Kantonsrat zuständig ist.

² ...*

³ Der Regierungsrat ist befugt, bei wiederholtem Nichterreichen der Wirkungsziele die Staatsbeiträge an die Gemeinden zu kürzen.

§ 79^{bis}* *Schulversuche und ausserordentliche Fälle*

¹ Der Regierungsrat ist befugt, für Schulversuche und in ausserordentlichen Fällen Abweichungen von diesem Gesetz zu gestatten.

6.2.2. Departement für Bildung und Kultur

§ 79^{ter}* *Aufgaben*

¹ Das Departement für Bildung und Kultur leitet und beaufsichtigt das gesamte Schulwesen. Es ist in allen Fragen zuständig, deren Behandlung nicht dem Regierungsrat oder einer anderen Instanz übertragen ist.

² Es ist verantwortlich für

- a)* das Erreichen der Wirkungsziele der Volksschule und der Ziele der einzelnen Stufen durch eine hohe Qualität des Volksschulangebots im ganzen Kanton;
- b) die Weiterentwicklung des Schulsystems und dessen Anpassung an die aktuellen Erfordernisse.

³ Das Departement für Bildung und Kultur ist den kommunalen Aufsichtsbehörden fachlich vorgesetzt, verkehrt mit ihnen direkt und ist ihnen gegenüber verfügungsberechtigt.

⁴ Es regelt durch Weisungen oder Empfehlungen

- a) die zu verwendenden Lehrmittel;
- b) die Standardbildungspläne;
- c)* die Lektionentafeln;
- d) die in § 25 Absatz 3 erwähnten Bereiche;
- e) weitere Bereiche, soweit sie nicht einer anderen kantonalen Behörde übertragen sind.

6.2.3. Volksschulamt*

§ 80* *Volksschulamt**

¹ Das Volksschulamt ist die kantonale Aufsichtsbehörde für die gesamte Volksschule.*

² Es ist zuständig für die Vollzugsmassnahmen, die durch Gesetz und Verordnung nicht anderen Organen übertragen sind.

³ Ihm obliegt insbesondere die Bearbeitung der pädagogischen, didaktischen, organisatorischen und personaladministrativen Belange der Volksschule im Hinblick auf eine optimale Unterstützung, Koordination und Weiterentwicklung der Volksschulangebote.*

⁴ ...*

⁵ Es überwacht die Einhaltung der kantonalen Vorgaben.*

§ 81* ...

§ 82* ...

§ 83* ...

§ 84* ...

§ 85* ...

§ 86* ...

§ 87* ...

6.3. Rechtspflege*

§ 87^{bis}* *Verfahren und Weiterzug von Verfügungen*

¹ Der Erlass von Verfügungen und deren Weiterzug richten sich grundsätzlich nach dem Gesetz über den Rechtsschutz in Verwaltungssachen¹⁾ und dem Gesetz über die Gerichtsorganisation²⁾.

§ 87^{ter}* *Beschwerden*

¹ Entscheide des Schulleiters können unter Vorbehalt der §§ 87^{quater} und 87^{quinquies} innert 10 Tagen an die kommunale Aufsichtsbehörde weitergezogen werden.

² Entscheide der kommunalen Aufsichtsbehörde können innert 10 Tagen an das Departement weitergezogen werden.

³ Entscheide des Departements betreffend Genehmigungen nach §§ 14, 14^{bis}, 41 und 44 können innert 10 Tagen an den Regierungsrat weitergezogen werden. Entscheide des Departements in allen übrigen Fällen können innert 10 Tagen an das Verwaltungsgericht weitergezogen werden.

¹⁾ BGS [124.11.](#)

²⁾ BGS [125.12.](#)

413.111

§ 87^{quater}* *Beschwerden in Leistungs- und Disziplinarsachen*

¹ Verfügungen der Klassen- und Schulleitungskonferenz, des Schulleiters und der Lehrperson, die Leistungen von Schülern zum Gegenstand haben (wie Aufnahmen und Beförderungen, Zuweisungen zu Kleinklassen und Sonderschulen) sowie über Disziplinarmaßnahmen oder –strafen gegen Schüler können innert 10 Tagen an das Departement weitergezogen werden.

² Die Entscheide des Departements können innert 10 Tagen an das Verwaltungsgericht weitergezogen werden.

§ 87^{quinquies}* *Anstände aus dem Anstellungsvertrag*

¹ Rechtsschutz und Rechtspflege aus dem Anstellungsvertrag richten sich nach § 53 des Gesetzes über das Staatspersonal¹⁾.

7. Übergangs- und Schlussbestimmungen

§ 88 *Einführung des neunten Schuljahres*

¹ Die Einführung des neunten Schuljahres hat innert 5 Jahren nach Annahme dieses Gesetzes zu erfolgen. Liegen besondere Verhältnisse vor, kann der Regierungsrat diese Frist erstrecken.

§ 89* ...

§ 90 *Aufhebung bisheriger Vorschriften*

¹ Mit dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes treten alle damit in Widerspruch stehenden früheren Erlasse ausser Kraft.

² Insbesondere werden aufgehoben:

- a) das Gesetz über die Primarschulen vom 27. April 1873 mit den seitherigen Änderungen;
- b) das Gesetz über die Anstellung von Lehrerinnen und die provisorische Lehrerwahl vom 23. April 1899 mit den seitherigen Änderungen;
- c) das Gesetz über die Bezirksschulen des Kantons Solothurn vom 18. April 1875 mit den seitherigen Änderungen;
- d) Ziffer 2 des Volksbeschlusses über den Ausbau des kinderpsychiatrischen und schulpsychologischen Dienstes des Kantons Solothurn vom 8. Dezember 1963.

§ 91 *Änderung bestehender Erlasse*

¹ Die Änderungen wurden in den entsprechenden Erlassen nachgeführt.

§ 92 *Vollzug*

¹ Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

¹⁾ BGS [126.1](#).

§ 93 *Inkrafttreten*

¹ Dieses Gesetz tritt nach Annahme durch das Volk in einem vom Regierungsrat festzusetzenden Zeitpunkt in Kraft.

§ 94* *Schluss- und Übergangsbestimmung der Teilrevision vom 8. November 2000; Übergang vom Beamten- in das Anstellungsverhältnis*

¹ Alle am 31. Juli 2001 bestehenden Dienstverhältnisse der Lehrkräfte als Beamte oder Beamtinnen werden am 1. August 2001 in Anstellungsverhältnisse überführt. Die Dienstverhältnisse der davon betroffenen Lehrkräfte richten sich ab diesem Zeitpunkt nach den für die Angestellten des Kantons geltenden Vorschriften, soweit dieses Gesetz keine Abweichungen vorsieht.

² Das Dienstverhältnis der Lehrkräfte, welche gestützt auf die vor dem 1. August 2001 geltenden Gesetzesvorschriften als Beamte oder Beamtinnen für die Amtsdauer 2001-2005 provisorisch wiedergewählt worden sind, wird am 1. August 2001 in das Anstellungsverhältnis mit Probezeit überführt. Die Probezeit beginnt am 1. August 2001 und dauert mindestens sechs Monate. Die Anstellungsbehörde kann diese im Sinne von § 18^{bis} Absatz 3 Gesetz über das Staatspersonal um höchstens sechs Monate verlängern. Die Kündigung des Anstellungsverhältnisses richtet sich nach §18^{bis} des Gesetzes über das Staatspersonal. § 28 des Gesetzes über das Staatspersonal bleibt vorbehalten.

§ 95* *2. Weiterführung von Anstellungen als Lehrbeauftragte von vier und mehr Jahren*

¹ Alle am 31. Juli 2001 bestehenden Anstellungsverhältnisse als Verweser oder Verweserinnen von vier und mehr Jahren, werden am 1. August 2001 in befristete Anstellungsverhältnisse als Lehrbeauftragte überführt. Die Anstellungsbehörde entscheidet bis am 30. April 2002, ob die befristeten Anstellungsverhältnisse ab 1. August 2002 in unbefristete Anstellungsverhältnisse überführt werden können. Wenn eine Überführung in ein unbefristetes Anstellungsverhältnis abgelehnt wird, ist dieses spätestens am 30. April 2002 mit Wirkung per 1. August 2002 zu kündigen.

§ 95^{bis}* *Übergangsbestimmung zur Teilrevision vom 27. Juni 2006; Aufhebung von § 64*

¹ Lehrpersonen, die bereits vor dem 1. August 2000 die Wählbarkeit erworben haben, und Lehrpersonen, denen das Primarlehrer- und Primarlehrerinnenpatent (Wählbarkeit) aufgrund der Verordnung zur Überführung der Organisationsstrukturen vom Lehrer- und Lehrerinnenseminar zur Pädagogischen Fachhochschule des Kantons Solothurn (Überführungsverordnung PFH) vom 17. Juni 2002¹⁾ erteilt worden ist, sowie Lehrpersonen, deren Lehrberechtigung gemäss § 3 der Verordnung über die Anerkennung von Lehrdiplomen vom 4. Juli 2000²⁾ als gleichwertig anerkannt wurde, gelten im Sinne von § 49 als unterrichtsberechtigt.

² Für den Entzug vor dem 1. August 2000 erteilter Lehrberechtigungen ist das Departement zuständig.

¹⁾ GS 97, 140.

²⁾ BGS [411.256](#).

7.1. Übergangsbestimmungen der Teilrevision vom 24. April 2005

§ 96 Überführung der Organisationsstrukturen

¹ Mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes werden vorbehaltlich von Absatz 2 die geltenden Organisationsstrukturen der Volksschule aufgehoben, soweit sie den Bestimmungen dieses Gesetzes widersprechen.

² Der Regierungsrat kann zur Überführung der geltenden in die neuen Organisationsstrukturen eine Frist von höchstens 5 Jahren festlegen.

³ Die Änderungen im Gesetz über die Besoldungen der Lehrkräfte an der Volksschule (Lehrerbesoldungsgesetz) vom 8. Dezember 1963¹⁾ wurden nachgeführt.

7.2. Übergangs- und Schlussbestimmungen der Teilrevision vom 26. November 2006*

§ 97 Reform der Sekundarstufe I*

¹ Die Überführung der alten in die neue Struktur erfolgt gestaffelt. Der Regierungsrat bestimmt Abfolge und Inhalt der einzelnen Überführungsschritte und darauf abgestimmt das Inkrafttreten der Änderungen der einzelnen Gesetzesbestimmungen aus dieser Teilrevision.

² Mit dem jeweiligen Inkrafttreten der einzelnen Änderungen aus dieser Teilrevision werden die denselben widersprechenden früheren Erlasse und Bestimmungen aufgehoben. Der Regierungsrat kann befristete Ausnahmen definieren.

7.3. Übergangs- und Schlussbestimmungen der Teilrevision vom 16. Mai 2007*

§ 98 Aufhebung bisherigen Rechts*

¹ Das Gesetz über heilpädagogische Institutionen (HIG) vom 27. September 1970²⁾ wird aufgehoben.

§ 99 Vollzug*

¹ Der Regierungsrat regelt für den Vollzug der Sonderpädagogik:

- a) das Angebot im Kanton;
- b) die Organisation und den Vollzug der interkantonalen Zusammenarbeit;
- c) die Anerkennung von Einrichtungen und deren Voraussetzungen;
- d) die Voraussetzung für die Inanspruchnahme von sonderpädagogischen Angeboten;
- e) die Verteilung der Sonderschul- und Sonderschulinternatskosten zwischen Kanton, Einwohnergemeinden und Inhabern der elterlichen Sorge.

¹⁾ GS 82, 461 (BGS [126.515.851.1](#)).

²⁾ GS 85, 197 (BGS 837.11).

² Das Departement regelt für den Vollzug der Sonderpädagogik:

- a) das Verfahren zur Abklärung des Anspruchs auf Sonderschulung und pädagogisch-therapeutische Angebote;
- b) die ausserschulische Betreuung, die behinderungsbedingten Transporte und die Verpflegung;
- c) die Steuerung und Finanzierung der anerkannten Einrichtungen;
- d) die Organisation der Aufsicht.

³ Die Absätze 1 und 2 gelten sinngemäss auch für den Bereich der Speziellen Förderung.*

⁴ Der Regierungsrat kann für den Bereich der Speziellen Förderung nach Anhören der Einwohnergemeinden einen Sozialindex einführen.*

7.4. Übergangsbestimmung zur Teilrevision vom 10. März 2010*

§ 100 Stichtag zur Einschulung*

¹ Als Stichtag für das Schuljahr 2012/2013 gilt der 31. Mai 2012.

² Als Stichtag für das Schuljahr 2013/2014 gilt der 30. Juni 2013.

Inkrafttreten am 15. April 1970.

§ 53 Absatz 2 am 16. September 1969.

* Änderungstabelle - Nach Beschluss

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	GS Fundstelle
01.12.1985	16.04.1986	§ 89	aufgehoben	-
07.12.1986	16.04.1988	§ 7 Abs. 2	geändert	-
07.12.1986	16.04.1988	§ 9 Abs. 2	eingefügt	-
07.12.1986	16.04.1988	§ 13 Abs. 2	eingefügt	-
07.12.1986	16.04.1988	§ 39	aufgehoben	-
07.06.1998	01.08.1998	§ 18	totalrevidiert	-
07.06.1998	01.08.1998	§ 18 ^{bis}	eingefügt	-
07.06.1998	01.08.1998	§ 48	totalrevidiert	-
27.09.1998	01.01.1999	§ 69	aufgehoben	-
29.11.1998	01.08.1999	§ 26	aufgehoben	-
07.02.1999	01.08.1999	§ 14 Abs. 1	geändert	-
04.07.2000	01.08.2001	§ 11	totalrevidiert	-
04.07.2000	01.08.2001	§ 83	aufgehoben	-
04.07.2000	01.08.2001	§ 84	aufgehoben	-
04.07.2000	01.08.2001	§ 85	aufgehoben	-
08.11.2000	01.08.2001	§ 51	aufgehoben	-
08.11.2000	01.08.2001	Titel 5.2.	geändert	-
08.11.2000	01.08.2001	§ 52	totalrevidiert	-
08.11.2000	01.08.2001	§ 53	totalrevidiert	-
08.11.2000	01.08.2001	§ 54	totalrevidiert	-
08.11.2000	01.08.2001	§ 55	totalrevidiert	-
08.11.2000	01.08.2001	§ 56	totalrevidiert	-
08.11.2000	01.08.2001	Titel 5.3.	geändert	-
08.11.2000	01.08.2001	§ 57	totalrevidiert	-
08.11.2000	01.08.2001	§ 58	aufgehoben	-
08.11.2000	01.08.2001	§ 59	totalrevidiert	-
08.11.2000	01.08.2001	§ 65	aufgehoben	-
08.11.2000	01.08.2001	§ 81	aufgehoben	-
08.11.2000	01.08.2001	§ 82	aufgehoben	-
08.11.2000	01.08.2001	§ 94	eingefügt	-
08.11.2000	01.08.2001	§ 95	eingefügt	-
21.02.2001	01.01.2005	§ 59 ^{bis}	totalrevidiert	-
23.06.2004	01.01.2005	§ 8 Abs. 1	geändert	-
23.06.2004	01.01.2005	§ 57	Sachüberschrift geändert	-
23.06.2004	01.01.2005	§ 57 Abs. 3, b)	aufgehoben	-
31.08.2004	01.01.2005	§ 24 ^{bis}	eingefügt	-
31.08.2004	01.01.2005	§ 24 ^{ter}	eingefügt	-
31.08.2004	01.01.2005	§ 24 ^{quinquies}	eingefügt	-
31.08.2004	01.01.2005	§ 24 ^{sexies}	eingefügt	-
24.04.2005	01.08.2006	§ 5 ^{bis}	eingefügt	-
24.04.2005	01.08.2006	§ 5 ^{ter}	eingefügt	-
24.04.2005	01.08.2006	§ 6 Abs. 1	geändert	-
24.04.2005	01.08.2006	§ 8 Abs. 3	geändert	-
24.04.2005	01.08.2006	§ 10	totalrevidiert	-
24.04.2005	01.08.2006	§ 12	totalrevidiert	-
24.04.2005	01.08.2006	§ 13 Abs. 1	geändert	-
24.04.2005	01.08.2006	§ 13 ^{bis}	eingefügt	-
24.04.2005	01.08.2006	§ 19 Abs. 3	geändert	-

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	GS Fundstelle
24.04.2005	01.08.2006	§ 19 Abs. 4	geändert	-
24.04.2005	01.08.2006	§ 22	totalrevidiert	-
24.04.2005	01.08.2006	§ 23	totalrevidiert	-
24.04.2005	01.08.2006	§ 24	aufgehoben	-
24.04.2005	01.08.2006	§ 25 Abs. 1	geändert	-
24.04.2005	01.08.2006	§ 32 Abs. 2	geändert	-
24.04.2005	01.08.2006	§ 35 Abs. 2	geändert	-
24.04.2005	01.08.2006	§ 38	aufgehoben	-
24.04.2005	01.08.2006	§ 45 Abs. 2	geändert	-
24.04.2005	01.08.2006	§ 53 Abs. 1	geändert	-
24.04.2005	01.08.2006	§ 53 Abs. 2	geändert	-
24.04.2005	01.08.2006	§ 55 Abs. 1	geändert	-
24.04.2005	01.08.2006	§ 62 Abs. 2	geändert	-
24.04.2005	01.08.2006	§ 63	totalrevidiert	-
24.04.2005	01.08.2006	§ 66	totalrevidiert	-
24.04.2005	01.08.2006	§ 67	totalrevidiert	-
24.04.2005	01.08.2006	Titel 6.1.	geändert	-
24.04.2005	01.08.2006	Titel 6.1.1.	geändert	-
24.04.2005	01.08.2006	§ 70	totalrevidiert	-
24.04.2005	01.08.2006	§ 71	totalrevidiert	-
24.04.2005	01.08.2006	§ 72	totalrevidiert	-
24.04.2005	01.08.2006	Titel 6.1.2.	aufgehoben	-
24.04.2005	01.08.2006	§ 74	aufgehoben	-
24.04.2005	01.08.2006	Titel 6.1.3.	aufgehoben	-
24.04.2005	01.08.2006	§ 75	aufgehoben	-
24.04.2005	01.08.2006	Titel 6.1.4.	aufgehoben	-
24.04.2005	01.08.2006	§ 76	aufgehoben	-
24.04.2005	01.08.2006	§ 77	aufgehoben	-
24.04.2005	01.08.2006	Titel 6.1.5.	geändert	-
24.04.2005	01.08.2006	§ 78	totalrevidiert	-
24.04.2005	01.08.2006	§ 78 ^{bis}	eingefügt	-
24.04.2005	01.08.2006	§ 78 ^{ter}	eingefügt	-
24.04.2005	01.08.2006	§ 78 ^{quater}	eingefügt	-
24.04.2005	01.08.2006	Titel 6.2.	eingefügt	-
24.04.2005	01.08.2006	Titel 6.2.1.	eingefügt	-
24.04.2005	01.08.2006	§ 79	totalrevidiert	-
24.04.2005	01.08.2006	§ 79 ^{bis}	eingefügt	-
24.04.2005	01.08.2006	§ 79 ^{ter}	eingefügt	-
24.04.2005	01.08.2006	Titel 6.2.3.	geändert	-
24.04.2005	01.08.2006	§ 80	totalrevidiert	-
24.04.2005	01.08.2006	§ 86	aufgehoben	-
24.04.2005	01.08.2006	§ 87	aufgehoben	-
29.06.2005	01.01.2007	§ 34 Abs. 4	eingefügt	-
22.03.2006	01.08.2007	§ 10 ^{bis}	eingefügt	-
27.06.2006	01.08.2007	Titel 5.1.	geändert	-
27.06.2006	01.08.2007	§ 49	totalrevidiert	-
27.06.2006	01.08.2007	§ 50	totalrevidiert	-
27.06.2006	01.08.2007	§ 50 ^{bis}	eingefügt	-
27.06.2006	01.08.2007	§ 64	aufgehoben	-
27.06.2006	01.08.2007	§ 95 ^{bis}	eingefügt	-
26.11.2006	01.01.2008	§ 3	totalrevidiert	GS 101, 227
26.11.2006	01.01.2008	§ 4 ^{bis}	eingefügt	-
26.11.2006	01.01.2008	§ 5	totalrevidiert	-
26.11.2006	01.01.2008	§ 19 Abs. 1	geändert	-

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	GS Fundstelle
26.11.2006	01.01.2008	§ 19 Abs. 2	aufgehoben	-
26.11.2006	01.01.2008	§ 20	totalrevidiert	-
26.11.2006	01.08.2011	§ 20 ^{bis}	eingefügt	GS 101, 227
26.11.2006	01.01.2008	§ 25 Abs. 4	geändert	GS 101, 227
26.11.2006	01.01.2008	§ 27	aufgehoben	-
26.11.2006	01.08.2011	§ 28 Abs. 1	geändert	GS 101, 227
26.11.2006	01.08.2011	§ 28 ^{bis}	eingefügt	GS 101, 227
26.11.2006	01.08.2011	§ 28 ^{ter}	eingefügt	GS 101, 227
26.11.2006	01.08.2011	§ 28 ^{quater}	eingefügt	GS 101, 227
26.11.2006	01.08.2011	§ 28 ^{quinqües}	eingefügt	GS 101, 227
26.11.2006	01.01.2008	§ 29	totalrevidiert	-
26.11.2006	01.08.2011	Titel 3.1.2.	geändert	GS 101, 227
26.11.2006	01.08.2011	§ 30	Sachüberschrift geändert	GS 101, 227
26.11.2006	01.08.2011	§ 30 Abs. 1	geändert	GS 101, 227
26.11.2006	01.08.2011	§ 30 Abs. 1, a)	eingefügt	GS 101, 227
26.11.2006	01.08.2011	§ 30 Abs. 1, b)	eingefügt	GS 101, 227
26.11.2006	01.08.2011	§ 30 Abs. 1, c)	eingefügt	GS 101, 227
26.11.2006	01.08.2011	§ 30 Abs. 1, d)	eingefügt	GS 101, 227
26.11.2006	01.08.2011	§ 30 Abs. 2	eingefügt	GS 101, 227
26.11.2006	01.08.2011	§ 30 Abs. 3	eingefügt	GS 101, 227
26.11.2006	01.08.2011	§ 30 Abs. 4	eingefügt	GS 101, 227
26.11.2006	01.08.2011	§ 31 Abs. 1	geändert	GS 101, 227
26.11.2006	01.08.2011	§ 32 Abs. 1	geändert	GS 101, 227
26.11.2006	01.08.2011	§ 33	aufgehoben	GS 101, 227
26.11.2006	01.08.2011	§ 34	aufgehoben	GS 101, 227
26.11.2006	01.08.2011	§ 36	aufgehoben	GS 101, 227
26.11.2006	01.08.2011	Titel 3.2.	eingefügt	GS 101, 227
26.11.2006	01.08.2011	Titel 3.2.1.	geändert	GS 101, 227
26.11.2006	01.08.2011	§ 37	totalrevidiert	GS 101, 227
26.11.2006	01.04.2009	§ 44	totalrevidiert	GS 101, 227
26.11.2006	01.04.2009	§ 44 ^{bis}	eingefügt	-
26.11.2006	01.01.2008	§ 46	totalrevidiert	-
26.11.2006	01.01.2008	§ 47	totalrevidiert	-
26.11.2006	01.01.2008	§ 61 Abs. 3	aufgehoben	-
26.11.2006	01.01.2008	§ 68 Abs. 2	aufgehoben	-
26.11.2006	01.01.2008	Titel 7.2.	eingefügt	-
26.11.2006	01.01.2008	§ 97	eingefügt	-
16.05.2007	01.01.2008	§ 3	totalrevidiert	-
16.05.2007	01.01.2008	§ 3 ^{bis}	eingefügt	-
16.05.2007	01.08.2011	§ 3 ^{bis} Abs. 1, b)	geändert	GS 102, 124
16.05.2007	01.08.2011	§ 3 ^{bis} Abs. 1, c)	eingefügt	GS 102, 124
16.05.2007	01.01.2008	§ 3 ^{ter}	eingefügt	-
16.05.2007	01.01.2008	§ 5 Abs. 1	geändert	-
16.05.2007	01.01.2008	§ 7 Abs. 3	geändert	-
16.05.2007	01.01.2008	§ 14 Abs. 1	geändert	-
16.05.2007	01.01.2008	§ 14 ^{bis}	eingefügt	-
16.05.2007	01.08.2011	§ 19 Abs. 4	aufgehoben	GS 102, 124
16.05.2007	01.08.2011	§ 20 ^{bis}	aufgehoben	GS 102, 124
16.05.2007	01.01.2008	§ 24 ^{bis} Abs. 1	geändert	-
16.05.2007	01.01.2008	§ 24 ^{bis} Abs. 3	geändert	-
16.05.2007	01.01.2008	§ 24 ^{ter} Abs. 1	geändert	-
16.05.2007	01.01.2008	§ 24 ^{ter} Abs. 3	geändert	-

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	GS Fundstelle
16.05.2007	01.01.2008	§ 24 ^{ter} Abs. 3, e)	geändert	-
16.05.2007	01.01.2008	§ 24 ^{quater}	totalrevidiert	-
16.05.2007	01.01.2008	Titel 3.1.	geändert	-
16.05.2007	01.08.2011	§ 28 ^{bis}	aufgehoben	GS 102, 124
16.05.2007	01.08.2011	§ 28 ^{ter}	aufgehoben	GS 102, 124
16.05.2007	01.08.2011	§ 28 ^{quater}	aufgehoben	GS 102, 124
16.05.2007	01.08.2011	§ 28 ^{quinquies}	aufgehoben	GS 102, 124
16.05.2007	01.08.2011	§ 30 Abs. 1, d)	aufgehoben	GS 102, 124
16.05.2007	01.08.2011	§ 30 Abs. 3	geändert	GS 102, 124
16.05.2007	01.08.2011	§ 30 Abs. 3	geändert	GS 102, 124
16.05.2007	01.08.2011	Titel 3.1.3.	geändert	GS 102, 124
16.05.2007	01.08.2011	§ 36	eingefügt	GS 102, 124
16.05.2007	01.08.2011	§ 36 Abs. 1	eingefügt	GS 102, 124
16.05.2007	01.08.2011	§ 36 Abs. 1, a)	eingefügt	GS 102, 124
16.05.2007	01.08.2011	§ 36 Abs. 1, b)	eingefügt	GS 102, 124
16.05.2007	01.08.2011	§ 36 Abs. 1, c)	eingefügt	GS 102, 124
16.05.2007	01.08.2011	§ 36 Abs. 2	eingefügt	GS 102, 124
16.05.2007	01.08.2011	§ 36 Abs. 3	eingefügt	GS 102, 124
16.05.2007	01.08.2011	§ 36 ^{bis}	eingefügt	GS 102, 124
16.05.2007	01.08.2011	§ 36 ^{ter}	eingefügt	GS 102, 124
16.05.2007	01.01.2008	Titel 3.2.	geändert	-
16.05.2007	01.01.2008	Titel 3.2.1.	geändert	-
16.05.2007	01.01.2008	§ 37	totalrevidiert	-
16.05.2007	01.01.2008	§ 37 ^{bis}	eingefügt	-
16.05.2007	01.01.2008	§ 37 ^{ter}	eingefügt	-
16.05.2007	01.01.2008	§ 37 ^{quater}	eingefügt	-
16.05.2007	01.01.2008	§ 37 ^{quinquies}	eingefügt	-
16.05.2007	01.01.2008	Titel 3.2.2.	eingefügt	-
16.05.2007	01.01.2008	§ 37 ^{sexies}	eingefügt	-
16.05.2007	01.01.2008	§ 37 ^{septies}	eingefügt	-
16.05.2007	01.01.2008	§ 37 ^{octies}	eingefügt	-
16.05.2007	01.01.2008	§ 37 ^{novies}	eingefügt	-
16.05.2007	01.01.2008	Titel 7.3.	eingefügt	-
16.05.2007	01.01.2008	§ 98	eingefügt	-
16.05.2007	01.01.2008	§ 99	eingefügt	-
16.05.2007	01.08.2011	§ 99 Abs. 3	eingefügt	GS 102, 124
16.05.2007	01.08.2011	§ 99 Abs. 4	eingefügt	GS 102, 124
28.08.2007	01.01.2009	§ 48 Abs. 1	geändert	-
28.08.2007	01.01.2009	§ 48 Abs. 2	geändert	-
29.10.2008	01.01.2009	§ 14 Abs. 2	geändert	-
29.10.2008	01.01.2009	§ 14 ^{bis} Abs. 2	geändert	-
29.10.2008	01.01.2009	§ 25 Abs. 4	aufgehoben	-
29.10.2008	01.01.2009	§ 40	totalrevidiert	-
29.10.2008	01.01.2009	§ 41	totalrevidiert	-
29.10.2008	01.01.2009	§ 42	totalrevidiert	-
29.10.2008	01.01.2009	§ 43	totalrevidiert	-
29.10.2008	01.01.2009	Titel 6.	geändert	-
29.10.2008	01.01.2009	§ 73	aufgehoben	-
29.10.2008	01.01.2009	Titel 6.3.	eingefügt	-
29.10.2008	01.01.2009	§ 87 ^{bis}	eingefügt	-
29.10.2008	01.01.2009	§ 87 ^{ter}	eingefügt	-
29.10.2008	01.01.2009	§ 87 ^{quater}	eingefügt	-
29.10.2008	01.01.2009	§ 87 ^{quinquies}	eingefügt	-

413.111

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	GS Fundstelle
10.03.2010	01.08.2012	§ 3 ^{bis} Abs. 1, a)	geändert	GS 105, 49
10.03.2010	01.08.2012	§ 18	aufgehoben	GS 105, 49
10.03.2010	01.08.2012	§ 18 ^{bis}	aufgehoben	GS 105, 49
10.03.2010	01.08.2012	§ 19	Sachüberschrift geändert	GS 105, 49
10.03.2010	01.08.2012	§ 19 Abs. 1	geändert	GS 105, 49
10.03.2010	01.08.2012	§ 19 Abs. 2 ^{bis}	eingefügt	GS 105, 49
10.03.2010	01.08.2012	§ 19 Abs. 3	geändert	GS 105, 49
10.03.2010	01.08.2012	§ 19 Abs. 4 ^{bis}	eingefügt	GS 105, 49
10.03.2010	01.08.2012	§ 19 Abs. 5	aufgehoben	GS 105, 49
10.03.2010	01.08.2012	§ 21	Sachüberschrift geändert	GS 105, 49
10.03.2010	01.08.2012	§ 21 Abs. 1	geändert	GS 105, 49
10.03.2010	01.08.2012	§ 21 Abs. 2	aufgehoben	GS 105, 49
10.03.2010	01.08.2012	Titel 3.1.1.	geändert	GS 105, 49
10.03.2010	01.08.2012	§ 28 Abs. 1	geändert	GS 105, 49
10.03.2010	01.08.2012	§ 29 Abs. 1	geändert	GS 105, 49
03.11.2010	01.01.2011	§ 5 ^{quater}	eingefügt	GS 105, 218
03.11.2010	01.01.2011	Titel 6.1.1.	geändert	GS 105, 218
03.11.2010	01.01.2011	§ 70	totalrevidiert	GS 105, 218
03.11.2010	01.01.2011	§ 71	Sachüberschrift geändert	GS 105, 218
03.11.2010	01.01.2011	§ 71 Abs. 2	eingefügt	GS 105, 218
03.11.2010	01.01.2011	§ 72	Sachüberschrift geändert	GS 105, 218
03.11.2010	01.01.2011	§ 72 Abs. 1, j)	aufgehoben	GS 105, 218
03.11.2010	01.01.2011	§ 72 Abs. 1, m)	aufgehoben	GS 105, 218
03.11.2010	01.01.2011	§ 72 Abs. 2	aufgehoben	GS 105, 218
03.11.2010	01.01.2011	§ 72 ^{bis}	eingefügt	GS 105, 218
03.11.2010	01.01.2011	§ 79 Abs. 2	aufgehoben	GS 105, 218
24.01.2012	01.08.2012	§ 5 ^{bis} Abs. 1	geändert	GS 2012, 5
24.01.2012	01.08.2012	§ 5 ^{ter} Abs. 1	geändert	GS 2012, 5
24.01.2012	01.08.2012	§ 10 Abs. 1	geändert	GS 2012, 5
24.01.2012	01.08.2012	§ 20 Abs. 1	geändert	GS 2012, 5
24.01.2012	01.08.2012	§ 20 Abs. 2	eingefügt	GS 2012, 5
24.01.2012	01.08.2012	§ 22	Sachüberschrift geändert	GS 2012, 5
24.01.2012	01.08.2012	§ 22 Abs. 1	geändert	GS 2012, 5
24.01.2012	01.08.2012	§ 22 Abs. 2	eingefügt	GS 2012, 5
24.01.2012	01.08.2012	§ 32	Sachüberschrift geändert	GS 2012, 5
24.01.2012	01.08.2012	§ 32 Abs. 1	geändert	GS 2012, 5
24.01.2012	01.08.2012	§ 35	aufgehoben	GS 2012, 5
24.01.2012	01.08.2012	§ 36 Abs. 3	aufgehoben	GS 2012, 5
24.01.2012	01.08.2012	§ 37 Abs. 1	geändert	GS 2012, 5
24.01.2012	01.08.2012	§ 37 ^{bis} Abs. 2	geändert	GS 2012, 5
24.01.2012	01.08.2012	§ 37 ^{quater} Abs. 1	geändert	GS 2012, 5
24.01.2012	01.08.2012	§ 48	Sachüberschrift geändert	GS 2012, 5
24.01.2012	01.08.2012	§ 48 Abs. 1	geändert	GS 2012, 5
24.01.2012	01.08.2012	§ 50 Abs. 1	geändert	GS 2012, 5
24.01.2012	01.08.2012	§ 50 Abs. 2	geändert	GS 2012, 5
24.01.2012	01.08.2012	§ 50 Abs. 3	geändert	GS 2012, 5

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	GS Fundstelle
24.01.2012	01.08.2012	§ 50 Abs. 3, a)	aufgehoben	GS 2012, 5
24.01.2012	01.08.2012	§ 50 Abs. 3, b)	aufgehoben	GS 2012, 5
24.01.2012	01.08.2012	§ 55 Abs. 2	aufgehoben	GS 2012, 5
24.01.2012	01.08.2012	§ 66	Sachüberschrift geändert	GS 2012, 5
24.01.2012	01.08.2012	§ 66 Abs. 1	geändert	GS 2012, 5
24.01.2012	01.08.2012	§ 66 Abs. 1, a)	geändert	GS 2012, 5
24.01.2012	01.08.2012	§ 66 Abs. 1, b)	geändert	GS 2012, 5
24.01.2012	01.08.2012	§ 66 Abs. 2	geändert	GS 2012, 5
24.01.2012	01.08.2012	§ 67	Sachüberschrift geändert	GS 2012, 5
24.01.2012	01.08.2012	§ 67 Abs. 1	geändert	GS 2012, 5
24.01.2012	01.08.2012	§ 67 Abs. 2	geändert	GS 2012, 5
24.01.2012	01.08.2012	§ 68 Abs. 1	geändert	GS 2012, 5
24.01.2012	01.08.2012	§ 72 Abs. 1, a)	geändert	GS 2012, 5
24.01.2012	01.08.2012	§ 72 Abs. 1, e)	geändert	GS 2012, 5
24.01.2012	01.08.2012	§ 72 Abs. 1, f)	geändert	GS 2012, 5
24.01.2012	01.08.2012	§ 72 Abs. 1, g)	geändert	GS 2012, 5
24.01.2012	01.08.2012	§ 72 Abs. 1, l)	geändert	GS 2012, 5
24.01.2012	01.08.2012	§ 79 ^{ter} Abs. 2, a)	geändert	GS 2012, 5
24.01.2012	01.08.2012	§ 79 ^{ter} Abs. 4, c)	geändert	GS 2012, 5
24.01.2012	01.08.2012	Titel 6.2.3.	geändert	GS 2012, 5
24.01.2012	01.08.2012	§ 80	Sachüberschrift geändert	GS 2012, 5
24.01.2012	01.08.2012	§ 80 Abs. 1	geändert	GS 2012, 5
24.01.2012	01.08.2012	§ 80 Abs. 3	geändert	GS 2012, 5
24.01.2012	01.08.2012	§ 80 Abs. 4	aufgehoben	GS 2012, 5
24.01.2012	01.08.2012	§ 80 Abs. 5	geändert	GS 2012, 5
24.01.2012	01.08.2012	Titel 7.4.	eingefügt	GS 2012, 5
24.01.2012	01.08.2012	§ 100	eingefügt	GS 2012, 5
25.01.2012	01.01.2013	§ 24 ^{ter} Abs. 3, e)	geändert	GS 2012, 8
25.01.2012	01.01.2013	§ 24 ^{quinquies} Abs. 2	geändert	GS 2012, 8

* Änderungstabelle - Nach Artikel

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	GS Fundstelle
§ 3	26.11.2006	01.01.2008	totalrevidiert	GS 101, 227
§ 3	16.05.2007	01.01.2008	totalrevidiert	-
§ 3 ^{bis}	16.05.2007	01.01.2008	eingefügt	-
§ 3 ^{bis} Abs. 1, a)	10.03.2010	01.08.2012	geändert	GS 105, 49
§ 3 ^{bis} Abs. 1, b)	16.05.2007	01.08.2011	geändert	GS 102, 124
§ 3 ^{bis} Abs. 1, c)	16.05.2007	01.08.2011	eingefügt	GS 102, 124
§ 3 ^{ter}	16.05.2007	01.01.2008	eingefügt	-
§ 4 ^{bis}	26.11.2006	01.01.2008	eingefügt	-
§ 5	26.11.2006	01.01.2008	totalrevidiert	-
§ 5 Abs. 1	16.05.2007	01.01.2008	geändert	-
§ 5 ^{bis}	24.04.2005	01.08.2006	eingefügt	-
§ 5 ^{bis} Abs. 1	24.01.2012	01.08.2012	geändert	GS 2012, 5
§ 5 ^{ter}	24.04.2005	01.08.2006	eingefügt	-
§ 5 ^{ter} Abs. 1	24.01.2012	01.08.2012	geändert	GS 2012, 5
§ 5 ^{quater}	03.11.2010	01.01.2011	eingefügt	GS 105, 218
§ 6 Abs. 1	24.04.2005	01.08.2006	geändert	-
§ 7 Abs. 2	07.12.1986	16.04.1988	geändert	-
§ 7 Abs. 3	16.05.2007	01.01.2008	geändert	-
§ 8 Abs. 1	23.06.2004	01.01.2005	geändert	-
§ 8 Abs. 3	24.04.2005	01.08.2006	geändert	-
§ 9 Abs. 2	07.12.1986	16.04.1988	eingefügt	-
§ 10	24.04.2005	01.08.2006	totalrevidiert	-
§ 10 Abs. 1	24.01.2012	01.08.2012	geändert	GS 2012, 5
§ 10 ^{bis}	22.03.2006	01.08.2007	eingefügt	-
§ 11	04.07.2000	01.08.2001	totalrevidiert	-
§ 12	24.04.2005	01.08.2006	totalrevidiert	-
§ 13 Abs. 1	24.04.2005	01.08.2006	geändert	-
§ 13 Abs. 2	07.12.1986	16.04.1988	eingefügt	-
§ 13 ^{bis}	24.04.2005	01.08.2006	eingefügt	-
§ 14 Abs. 1	07.02.1999	01.08.1999	geändert	-
§ 14 Abs. 1	16.05.2007	01.01.2008	geändert	-
§ 14 Abs. 2	29.10.2008	01.01.2009	geändert	-
§ 14 ^{bis}	16.05.2007	01.01.2008	eingefügt	-
§ 14 ^{bis} Abs. 2	29.10.2008	01.01.2009	geändert	-
§ 18	07.06.1998	01.08.1998	totalrevidiert	-
§ 18	10.03.2010	01.08.2012	aufgehoben	GS 105, 49
§ 18 ^{bis}	07.06.1998	01.08.1998	eingefügt	-
§ 18 ^{bis}	10.03.2010	01.08.2012	aufgehoben	GS 105, 49
§ 19	10.03.2010	01.08.2012	Sachüberschrift geändert	GS 105, 49
§ 19 Abs. 1	26.11.2006	01.01.2008	geändert	-
§ 19 Abs. 1	10.03.2010	01.08.2012	geändert	GS 105, 49
§ 19 Abs. 2	26.11.2006	01.01.2008	aufgehoben	-
§ 19 Abs. 2 ^{bis}	10.03.2010	01.08.2012	eingefügt	GS 105, 49
§ 19 Abs. 3	24.04.2005	01.08.2006	geändert	-
§ 19 Abs. 3	10.03.2010	01.08.2012	geändert	GS 105, 49
§ 19 Abs. 4	24.04.2005	01.08.2006	geändert	-
§ 19 Abs. 4	16.05.2007	01.08.2011	aufgehoben	GS 102, 124
§ 19 Abs. 4 ^{bis}	10.03.2010	01.08.2012	eingefügt	GS 105, 49

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	GS Fundstelle
§ 19 Abs. 5	10.03.2010	01.08.2012	aufgehoben	GS 105, 49
§ 20	26.11.2006	01.01.2008	totalrevidiert	-
§ 20 Abs. 1	24.01.2012	01.08.2012	geändert	GS 2012, 5
§ 20 Abs. 2	24.01.2012	01.08.2012	eingefügt	GS 2012, 5
§ 20 ^{bis}	26.11.2006	01.08.2011	eingefügt	GS 101, 227
§ 20 ^{bis}	16.05.2007	01.08.2011	aufgehoben	GS 102, 124
§ 21	10.03.2010	01.08.2012	Sachüberschrift geändert	GS 105, 49
§ 21 Abs. 1	10.03.2010	01.08.2012	geändert	GS 105, 49
§ 21 Abs. 2	10.03.2010	01.08.2012	aufgehoben	GS 105, 49
§ 22	24.04.2005	01.08.2006	totalrevidiert	-
§ 22	24.01.2012	01.08.2012	Sachüberschrift geändert	GS 2012, 5
§ 22 Abs. 1	24.01.2012	01.08.2012	geändert	GS 2012, 5
§ 22 Abs. 2	24.01.2012	01.08.2012	eingefügt	GS 2012, 5
§ 23	24.04.2005	01.08.2006	totalrevidiert	-
§ 24	24.04.2005	01.08.2006	aufgehoben	-
§ 24 ^{bis}	31.08.2004	01.01.2005	eingefügt	-
§ 24 ^{bis} Abs. 1	16.05.2007	01.01.2008	geändert	-
§ 24 ^{bis} Abs. 3	16.05.2007	01.01.2008	geändert	-
§ 24 ^{ter}	31.08.2004	01.01.2005	eingefügt	-
§ 24 ^{ter} Abs. 1	16.05.2007	01.01.2008	geändert	-
§ 24 ^{ter} Abs. 3	16.05.2007	01.01.2008	geändert	-
§ 24 ^{ter} Abs. 3, e)	16.05.2007	01.01.2008	geändert	-
§ 24 ^{ter} Abs. 3, e)	25.01.2012	01.01.2013	geändert	GS 2012, 8
§ 24 ^{quater}	16.05.2007	01.01.2008	totalrevidiert	-
§ 24 ^{quinques}	31.08.2004	01.01.2005	eingefügt	-
§ 24 ^{quinques} Abs. 2	25.01.2012	01.01.2013	geändert	GS 2012, 8
§ 24 ^{sexies}	31.08.2004	01.01.2005	eingefügt	-
§ 25 Abs. 1	24.04.2005	01.08.2006	geändert	-
§ 25 Abs. 4	26.11.2006	01.01.2008	geändert	GS 101, 227
§ 25 Abs. 4	29.10.2008	01.01.2009	aufgehoben	-
§ 26	29.11.1998	01.08.1999	aufgehoben	-
§ 27	26.11.2006	01.01.2008	aufgehoben	-
Titel 3.1.	16.05.2007	01.01.2008	geändert	-
Titel 3.1.1.	10.03.2010	01.08.2012	geändert	GS 105, 49
§ 28 Abs. 1	26.11.2006	01.08.2011	geändert	GS 101, 227
§ 28 Abs. 1	10.03.2010	01.08.2012	geändert	GS 105, 49
§ 28 ^{bis}	26.11.2006	01.08.2011	eingefügt	GS 101, 227
§ 28 ^{bis}	16.05.2007	01.08.2011	aufgehoben	GS 102, 124
§ 28 ^{ter}	26.11.2006	01.08.2011	eingefügt	GS 101, 227
§ 28 ^{ter}	16.05.2007	01.08.2011	aufgehoben	GS 102, 124
§ 28 ^{quater}	26.11.2006	01.08.2011	eingefügt	GS 101, 227
§ 28 ^{quater}	16.05.2007	01.08.2011	aufgehoben	GS 102, 124
§ 28 ^{quinques}	26.11.2006	01.08.2011	eingefügt	GS 101, 227
§ 28 ^{quinques}	16.05.2007	01.08.2011	aufgehoben	GS 102, 124
§ 29	26.11.2006	01.01.2008	totalrevidiert	-
§ 29 Abs. 1	10.03.2010	01.08.2012	geändert	GS 105, 49
Titel 3.1.2.	26.11.2006	01.08.2011	geändert	GS 101, 227
§ 30	26.11.2006	01.08.2011	Sachüberschrift geändert	GS 101, 227

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	GS Fundstelle
§ 30 Abs. 1	26.11.2006	01.08.2011	geändert	GS 101, 227
§ 30 Abs. 1, a)	26.11.2006	01.08.2011	eingefügt	GS 101, 227
§ 30 Abs. 1, b)	26.11.2006	01.08.2011	eingefügt	GS 101, 227
§ 30 Abs. 1, c)	26.11.2006	01.08.2011	eingefügt	GS 101, 227
§ 30 Abs. 1, d)	26.11.2006	01.08.2011	eingefügt	GS 101, 227
§ 30 Abs. 1, d)	16.05.2007	01.08.2011	aufgehoben	GS 102, 124
§ 30 Abs. 2	26.11.2006	01.08.2011	eingefügt	GS 101, 227
§ 30 Abs. 3	26.11.2006	01.08.2011	eingefügt	GS 101, 227
§ 30 Abs. 3	16.05.2007	01.08.2011	geändert	GS 102, 124
§ 30 Abs. 3	16.05.2007	01.08.2011	geändert	GS 102, 124
§ 30 Abs. 4	26.11.2006	01.08.2011	eingefügt	GS 101, 227
§ 31 Abs. 1	26.11.2006	01.08.2011	geändert	GS 101, 227
§ 32	24.01.2012	01.08.2012	Sachüberschrift geändert	GS 2012, 5
§ 32 Abs. 1	26.11.2006	01.08.2011	geändert	GS 101, 227
§ 32 Abs. 1	24.01.2012	01.08.2012	geändert	GS 2012, 5
§ 32 Abs. 2	24.04.2005	01.08.2006	geändert	-
§ 33	26.11.2006	01.08.2011	aufgehoben	GS 101, 227
§ 34	26.11.2006	01.08.2011	aufgehoben	GS 101, 227
§ 34 Abs. 4	29.06.2005	01.01.2007	eingefügt	-
§ 35	24.01.2012	01.08.2012	aufgehoben	GS 2012, 5
§ 35 Abs. 2	24.04.2005	01.08.2006	geändert	-
Titel 3.1.3.	16.05.2007	01.08.2011	geändert	GS 102, 124
§ 36	26.11.2006	01.08.2011	aufgehoben	GS 101, 227
§ 36	16.05.2007	01.08.2011	eingefügt	GS 102, 124
§ 36 Abs. 1	16.05.2007	01.08.2011	eingefügt	GS 102, 124
§ 36 Abs. 1, a)	16.05.2007	01.08.2011	eingefügt	GS 102, 124
§ 36 Abs. 1, b)	16.05.2007	01.08.2011	eingefügt	GS 102, 124
§ 36 Abs. 1, c)	16.05.2007	01.08.2011	eingefügt	GS 102, 124
§ 36 Abs. 2	16.05.2007	01.08.2011	eingefügt	GS 102, 124
§ 36 Abs. 3	16.05.2007	01.08.2011	eingefügt	GS 102, 124
§ 36 Abs. 3	24.01.2012	01.08.2012	aufgehoben	GS 2012, 5
§ 36 ^{bis}	16.05.2007	01.08.2011	eingefügt	GS 102, 124
§ 36 ^{ter}	16.05.2007	01.08.2011	eingefügt	GS 102, 124
Titel 3.2.	26.11.2006	01.08.2011	eingefügt	GS 101, 227
Titel 3.2.	16.05.2007	01.01.2008	geändert	-
Titel 3.2.1.	26.11.2006	01.08.2011	geändert	GS 101, 227
Titel 3.2.1.	16.05.2007	01.01.2008	geändert	-
§ 37	26.11.2006	01.08.2011	totalrevidiert	GS 101, 227
§ 37	16.05.2007	01.01.2008	totalrevidiert	-
§ 37 Abs. 1	24.01.2012	01.08.2012	geändert	GS 2012, 5
§ 37 ^{bis}	16.05.2007	01.01.2008	eingefügt	-
§ 37 ^{bis} Abs. 2	24.01.2012	01.08.2012	geändert	GS 2012, 5
§ 37 ^{ter}	16.05.2007	01.01.2008	eingefügt	-
§ 37 ^{quater}	16.05.2007	01.01.2008	eingefügt	-
§ 37 ^{quater} Abs. 1	24.01.2012	01.08.2012	geändert	GS 2012, 5
§ 37 ^{quinques}	16.05.2007	01.01.2008	eingefügt	-
Titel 3.2.2.	16.05.2007	01.01.2008	eingefügt	-
§ 37 ^{sexies}	16.05.2007	01.01.2008	eingefügt	-
§ 37 ^{septies}	16.05.2007	01.01.2008	eingefügt	-
§ 37 ^{octies}	16.05.2007	01.01.2008	eingefügt	-
§ 37 ^{novies}	16.05.2007	01.01.2008	eingefügt	-
§ 38	24.04.2005	01.08.2006	aufgehoben	-

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	GS Fundstelle
§ 39	07.12.1986	16.04.1988	aufgehoben	-
§ 40	29.10.2008	01.01.2009	totalrevidiert	-
§ 41	29.10.2008	01.01.2009	totalrevidiert	-
§ 42	29.10.2008	01.01.2009	totalrevidiert	-
§ 43	29.10.2008	01.01.2009	totalrevidiert	-
§ 44	26.11.2006	01.04.2009	totalrevidiert	GS 101, 227
§ 44 ^{bis}	26.11.2006	01.04.2009	eingefügt	-
§ 45 Abs. 2	24.04.2005	01.08.2006	geändert	-
§ 46	26.11.2006	01.01.2008	totalrevidiert	-
§ 47	26.11.2006	01.01.2008	totalrevidiert	-
§ 48	07.06.1998	01.08.1998	totalrevidiert	-
§ 48	24.01.2012	01.08.2012	Sachüberschrift geändert	GS 2012, 5
§ 48 Abs. 1	28.08.2007	01.01.2009	geändert	-
§ 48 Abs. 1	24.01.2012	01.08.2012	geändert	GS 2012, 5
§ 48 Abs. 2	28.08.2007	01.01.2009	geändert	-
Titel 5.1.	27.06.2006	01.08.2007	geändert	-
§ 49	27.06.2006	01.08.2007	totalrevidiert	-
§ 50	27.06.2006	01.08.2007	totalrevidiert	-
§ 50 Abs. 1	24.01.2012	01.08.2012	geändert	GS 2012, 5
§ 50 Abs. 2	24.01.2012	01.08.2012	geändert	GS 2012, 5
§ 50 Abs. 3	24.01.2012	01.08.2012	geändert	GS 2012, 5
§ 50 Abs. 3, a)	24.01.2012	01.08.2012	aufgehoben	GS 2012, 5
§ 50 Abs. 3, b)	24.01.2012	01.08.2012	aufgehoben	GS 2012, 5
§ 50 ^{bis}	27.06.2006	01.08.2007	eingefügt	-
§ 51	08.11.2000	01.08.2001	aufgehoben	-
Titel 5.2.	08.11.2000	01.08.2001	geändert	-
§ 52	08.11.2000	01.08.2001	totalrevidiert	-
§ 53	08.11.2000	01.08.2001	totalrevidiert	-
§ 53 Abs. 1	24.04.2005	01.08.2006	geändert	-
§ 53 Abs. 2	24.04.2005	01.08.2006	geändert	-
§ 54	08.11.2000	01.08.2001	totalrevidiert	-
§ 55	08.11.2000	01.08.2001	totalrevidiert	-
§ 55 Abs. 1	24.04.2005	01.08.2006	geändert	-
§ 55 Abs. 2	24.01.2012	01.08.2012	aufgehoben	GS 2012, 5
§ 56	08.11.2000	01.08.2001	totalrevidiert	-
Titel 5.3.	08.11.2000	01.08.2001	geändert	-
§ 57	08.11.2000	01.08.2001	totalrevidiert	-
§ 57	23.06.2004	01.01.2005	Sachüberschrift geändert	-
§ 57 Abs. 3, b)	23.06.2004	01.01.2005	aufgehoben	-
§ 58	08.11.2000	01.08.2001	aufgehoben	-
§ 59	08.11.2000	01.08.2001	totalrevidiert	-
§ 59 ^{bis}	21.02.2001	01.01.2005	totalrevidiert	-
§ 61 Abs. 3	26.11.2006	01.01.2008	aufgehoben	-
§ 62 Abs. 2	24.04.2005	01.08.2006	geändert	-
§ 63	24.04.2005	01.08.2006	totalrevidiert	-
§ 64	27.06.2006	01.08.2007	aufgehoben	-
§ 65	08.11.2000	01.08.2001	aufgehoben	-
§ 66	24.04.2005	01.08.2006	totalrevidiert	-
§ 66	24.01.2012	01.08.2012	Sachüberschrift geändert	GS 2012, 5
§ 66 Abs. 1	24.01.2012	01.08.2012	geändert	GS 2012, 5
§ 66 Abs. 1, a)	24.01.2012	01.08.2012	geändert	GS 2012, 5

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	GS Fundstelle
§ 66 Abs. 1, b)	24.01.2012	01.08.2012	geändert	GS 2012, 5
§ 66 Abs. 2	24.01.2012	01.08.2012	geändert	GS 2012, 5
§ 67	24.04.2005	01.08.2006	totalrevidiert	-
§ 67	24.01.2012	01.08.2012	Sachüberschrift geändert	GS 2012, 5
§ 67 Abs. 1	24.01.2012	01.08.2012	geändert	GS 2012, 5
§ 67 Abs. 2	24.01.2012	01.08.2012	geändert	GS 2012, 5
§ 68 Abs. 1	24.01.2012	01.08.2012	geändert	GS 2012, 5
§ 68 Abs. 2	26.11.2006	01.01.2008	aufgehoben	-
§ 69	27.09.1998	01.01.1999	aufgehoben	-
Titel 6.	29.10.2008	01.01.2009	geändert	-
Titel 6.1.	24.04.2005	01.08.2006	geändert	-
Titel 6.1.1.	24.04.2005	01.08.2006	geändert	-
Titel 6.1.1.1.	03.11.2010	01.01.2011	geändert	GS 105, 218
§ 70	24.04.2005	01.08.2006	totalrevidiert	-
§ 70	03.11.2010	01.01.2011	totalrevidiert	GS 105, 218
§ 71	24.04.2005	01.08.2006	totalrevidiert	-
§ 71	03.11.2010	01.01.2011	Sachüberschrift geändert	GS 105, 218
§ 71 Abs. 2	03.11.2010	01.01.2011	eingefügt	GS 105, 218
§ 72	24.04.2005	01.08.2006	totalrevidiert	-
§ 72	03.11.2010	01.01.2011	Sachüberschrift geändert	GS 105, 218
§ 72 Abs. 1, a)	24.01.2012	01.08.2012	geändert	GS 2012, 5
§ 72 Abs. 1, e)	24.01.2012	01.08.2012	geändert	GS 2012, 5
§ 72 Abs. 1, f)	24.01.2012	01.08.2012	geändert	GS 2012, 5
§ 72 Abs. 1, g)	24.01.2012	01.08.2012	geändert	GS 2012, 5
§ 72 Abs. 1, j)	03.11.2010	01.01.2011	aufgehoben	GS 105, 218
§ 72 Abs. 1, l)	24.01.2012	01.08.2012	geändert	GS 2012, 5
§ 72 Abs. 1, m)	03.11.2010	01.01.2011	aufgehoben	GS 105, 218
§ 72 Abs. 2	03.11.2010	01.01.2011	aufgehoben	GS 105, 218
§ 72 ^{bis}	03.11.2010	01.01.2011	eingefügt	GS 105, 218
§ 73	29.10.2008	01.01.2009	aufgehoben	-
Titel 6.1.2.	24.04.2005	01.08.2006	aufgehoben	-
§ 74	24.04.2005	01.08.2006	aufgehoben	-
Titel 6.1.3.	24.04.2005	01.08.2006	aufgehoben	-
§ 75	24.04.2005	01.08.2006	aufgehoben	-
Titel 6.1.4.	24.04.2005	01.08.2006	aufgehoben	-
§ 76	24.04.2005	01.08.2006	aufgehoben	-
§ 77	24.04.2005	01.08.2006	aufgehoben	-
Titel 6.1.5.	24.04.2005	01.08.2006	geändert	-
§ 78	24.04.2005	01.08.2006	totalrevidiert	-
§ 78 ^{bis}	24.04.2005	01.08.2006	eingefügt	-
§ 78 ^{ter}	24.04.2005	01.08.2006	eingefügt	-
§ 78 ^{quater}	24.04.2005	01.08.2006	eingefügt	-
Titel 6.2.	24.04.2005	01.08.2006	eingefügt	-
Titel 6.2.1.	24.04.2005	01.08.2006	eingefügt	-
§ 79	24.04.2005	01.08.2006	totalrevidiert	-
§ 79 Abs. 2	03.11.2010	01.01.2011	aufgehoben	GS 105, 218
§ 79 ^{bis}	24.04.2005	01.08.2006	eingefügt	-
§ 79 ^{ter}	24.04.2005	01.08.2006	eingefügt	-
§ 79 ^{ter} Abs. 2, a)	24.01.2012	01.08.2012	geändert	GS 2012, 5

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	GS Fundstelle
§ 79 ^{ter} Abs. 4, c)	24.01.2012	01.08.2012	geändert	GS 2012, 5
Titel 6.2.3.	24.04.2005	01.08.2006	geändert	-
Titel 6.2.3.	24.01.2012	01.08.2012	geändert	GS 2012, 5
§ 80	24.04.2005	01.08.2006	totalrevidiert	-
§ 80	24.01.2012	01.08.2012	Sachüberschrift geändert	GS 2012, 5
§ 80 Abs. 1	24.01.2012	01.08.2012	geändert	GS 2012, 5
§ 80 Abs. 3	24.01.2012	01.08.2012	geändert	GS 2012, 5
§ 80 Abs. 4	24.01.2012	01.08.2012	aufgehoben	GS 2012, 5
§ 80 Abs. 5	24.01.2012	01.08.2012	geändert	GS 2012, 5
§ 81	08.11.2000	01.08.2001	aufgehoben	-
§ 82	08.11.2000	01.08.2001	aufgehoben	-
§ 83	04.07.2000	01.08.2001	aufgehoben	-
§ 84	04.07.2000	01.08.2001	aufgehoben	-
§ 85	04.07.2000	01.08.2001	aufgehoben	-
§ 86	24.04.2005	01.08.2006	aufgehoben	-
§ 87	24.04.2005	01.08.2006	aufgehoben	-
Titel 6.3.	29.10.2008	01.01.2009	eingefügt	-
§ 87 ^{bis}	29.10.2008	01.01.2009	eingefügt	-
§ 87 ^{ter}	29.10.2008	01.01.2009	eingefügt	-
§ 87 ^{quater}	29.10.2008	01.01.2009	eingefügt	-
§ 87 ^{quinquies}	29.10.2008	01.01.2009	eingefügt	-
§ 89	01.12.1985	16.04.1986	aufgehoben	-
§ 94	08.11.2000	01.08.2001	eingefügt	-
§ 95	08.11.2000	01.08.2001	eingefügt	-
§ 95 ^{bis}	27.06.2006	01.08.2007	eingefügt	-
Titel 7.2.	26.11.2006	01.01.2008	eingefügt	-
§ 97	26.11.2006	01.01.2008	eingefügt	-
Titel 7.3.	16.05.2007	01.01.2008	eingefügt	-
§ 98	16.05.2007	01.01.2008	eingefügt	-
§ 99	16.05.2007	01.01.2008	eingefügt	-
§ 99 Abs. 3	16.05.2007	01.08.2011	eingefügt	GS 102, 124
§ 99 Abs. 4	16.05.2007	01.08.2011	eingefügt	GS 102, 124
Titel 7.4.	24.01.2012	01.08.2012	eingefügt	GS 2012, 5
§ 100	24.01.2012	01.08.2012	eingefügt	GS 2012, 5